

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Der Krieg wird zum Eroberungskrieg

3

***„Neues Nachdenken“ beim Krankengeld:
Schröders inkompetente Richtlinie***

8

***Bundesweiter Aktionstag des Hartz-Bündnisses –
Tag der PSA: „Für den Standort verzichten wir gerne?“***

15

***Schweinfurter Frauenwochen: Rahmenbedingungen
der Frauenerwerbsarbeit im internationalen Vergleich***

17

***Revolution im Lebenslauf – Eine Genderlektüre von
literarischen Erinnerungen an den Sandinismus***

21



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und **Ost** Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

SCHENGEN-GRENZE BLEIBT. Heute im Bundestag (hib) berichtet, dass Polen und Tschechien weiterhin außerhalb der „Schengen-Grenze“ bleiben:

Von der EU-Osterweiterung ab 2004 bleiben polizeiliche Grenzüberwachung und Polizeikontrollen des grenzüberschreitenden Verkehrs zu Polen und Tschechien unberührt. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (15/722) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU (15/592). Danach sind EU-Beitritt und Inkraftsetzen des Schengener Durchführungs-Übereinkommens zwei getrennte Vorgänge. Die Kontrollfreiheit des Personenverkehrs an den Grenzen gemäß dem Schengener Übereinkommen werde mit deutlichem zeitlichen Abstand zum EU-Beitritt eingeführt. Vor einem endgültigen Wegfall der Grenzkontrollen werde die Anwendung des Schengener Besitzstandes ausgewertet. Nach erfolgreicher Evaluierung müsse vom Rat der Europäischen Union über eine „volle Schengen-Mitgliedschaft“ einstimmig entschieden werden.

SPITZELWESEN BLEIBT. Die SPD will am Spitzelwesen des Verfassungsschutzes im gebahnten Umfang festhalten, das ist das Fazit einer Diskussion im Innenausschuss des Bundestages zur Auswertung des gescheiterten NPD-Verbotsverfahrens. hib berichtet:

„Einstimmig hat das Bundesverfassungsgericht lediglich den Beschluss zur Einstellung des NPD-Verbotsverfahrens getroffen“, betonten Professor Wolfgang Löwer und Professor Günter Frankenberg am Mittwochmittag gegenüber den Abgeordneten des Innenausschusses. Die beiden Prozessbevollmächtigten des Deutschen Bundestages beim NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) sprachen klar von einer Niederlage, die sich aus der formellen Entscheidung zu Gunsten des Minderheitenvotums von drei gegen vier Richtern ergeben hätte. Gleichwohl, so betonten Frankenberg und Löwer, habe das Minderheitenvotum keine juristische Bindungswirkung. Auch wenn es nun bei anstehenden Prozessen zum Verbot verfassungsfeindlicher Organisationen sicherlich häufig angeführt und für Aufmerksamkeit sorgen werde. Die Prozessbevollmächtigten stimmten in diesem Zusammenhang der Kritik zu, das BVG hätte nach geltendem Recht auch über Verfahrenshindernisse wie etwa die Staatsfreiheit bzw. die starke Einbindung von V-Leuten in der leitenden Struktur der NPD verhandeln müssen.

Zur Kritik der SPD am BVG-Urteil und zur Mahnung der CDU/CSU, es stehe den Antragstellern nicht an, Gerichtsschelte zu üben, sagten Löwer und Frankenberg, „Kritik ist keine Einbahnstraße“. Gerade weil die Sachgründe im Senat des BVG strittig gewesen seien, müsse sich das BVG der Kritik stellen. Im Übrigen sei der sogenannte „Fehler“ einer Infiltration durch V-Leute in vermu-

tete verfassungsfeindliche Strukturen ein systembedingtes Problem. Auch wenn es nach allgemeiner Einschätzung der Sachlage auf längere Sicht kein Parteiverbotsverfahren geben werde, bedeute der Begriff der Staatsfreiheit nicht, dass die geeignete Beobachtung von staats- oder verfassungsfeindlichen Organisationen und Parteien unzulässig sei. Der Staat habe vielmehr die Verpflichtung zu präventivem Verfassungsschutz.

Die SPD hatte zuvor die Folgen der BVG-Entscheidung als „verhängnisvoll“ für eine wehrhafte Demokratie bezeichnet. Es sei hochproblematisch, wenn eine Minderheit von drei Richtern mit ihrer Bewertung damit in der Sache das letzte Wort hätte.

SINTI UND ROMA. Anlässlich des Internationalen Tages der Roma fordert die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl ein Bleiberecht für die langjährig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Roma-Flüchtlinge aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien.

Die Organisation schließt sich damit dem unter anderem von Paul Spiegel, dem Präsidenten des Zentralrates der Juden, unterzeichneten Berliner Appell an. Der Berliner Appell verweist auf die besondere historische Verantwortung Deutschlands gegenüber den 500.000 Opfern des Holocaust unter den europäischen Sinti und Roma.

Die Situation ihrer Nachkommen sei in den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien besonders prekär, so die Menschenrechtsorganisation. Zehntausende von ihnen sind in den 80er und 90er Jahren aus allen Teilen Jugoslawiens geflohen und haben hierzulande Schutz vor Diskriminierung, Verelendung, Vertreibung und erzwungenen Militärdienst gesucht. „Es ist zynisch, dass sich deutsche Politiker und Behörden mit Roma hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt ihrer schnellstmöglichen Abschiebung in Staaten befassen, in denen sie wie Paria leben und verelenden“, so Marei Pelzer von Pro Asyl.

Die Verweigerung des Bleiberechts für Roma ist ein Indiz für selektiv praktizierte historische Verantwortung. Während sich die Politik zu einem besonderen Verhältnis der Deutschen zu den Juden und zur Verantwortung für den Holocaust bekennt, blieben Roma hierzulande lediglich „Ausländer“.

Unter den Roma, die an verschiedenen Orten Deutschlands im letzten Jahr für ein Bleiberecht demonstriert haben, hätten sich nicht wenige befunden, bei denen Familienangehörige Opfer des deutschen Völkermordes auf dem Balkan geworden seien.

Die Organisation beklagt zudem, dass Vorurteile gegenüber Sinti und Roma hierzulande bis hinein in Politik und Behörden hoffähig seien. Für die Menschen, die ohne verlässlichen rechtlichen Status leben sei der Alptraum ihrer Geschichte nicht vorbei.

Der Krieg wird zum Eroberungskrieg

Die schweren Bombenangriffe der US-Alliierten auf die eingeschlossene irakische Hauptstadt und die immer wieder ins Stadtzentrum vorstoßenden US-Panzerverbände fordern inzwischen ungeheure Opfer unter der Zivilbevölkerung. Auf dem Höhepunkt der Kämpfe am Wochenende wurden in Bagdad stündlich 100 und mehr verletzte Zivilisten in die Notaufnahmen der Krankenhäuser eingeliefert. Berichte sprechen von Tausenden Toten. Die Gesundheitsversorgung bricht zusammen, in Kerbela, Hillah und anderen Städten gibt es keine Medikamente mehr, kein Wasser. In Bagdad sind die Kapazitäten der Krankenhäuser mehr als erschöpft. Da die Elektrizitätsversorgung unterbrochen wurde, sind sie auf Notstromaggregate angewiesen, die häufig ausfallen. Die internationalen Hilfsorganisationen warnen dringend vor einer humanitären Katastrophe. Wie lange die irakischen Soldaten und Milizionäre ihren verzweifelten und äußerst verlustreichen Widerstand gegen den übermächtigen Feind aufrecht erhalten, ist ungewiss. Käme es zum Häuserkampf in Bagdad, müssten auch die alliierten Truppen mit schwereren Verlusten rechnen – die Opfer auf irakischer Seite indes würden ins Unermessliche wachsen. Es hat nicht erst in diesen Tagen den Anschein, dass die USA bei größtmöglicher Vermeidung eigener Verluste sich den Irak durch Brutalisierung des Krieges zu unterwerfen suchen, d.h. durch Massaker an irakischen Soldaten und Zivilbevölkerung, wie am 29. März in Hillah, als in einer einzigen Nacht 61 Menschen, meist in ihren Häusern, durch Clusterbomben zerfetzt und unzählige verletzt wurden¹, und durch die großflächige Zerstörung der Infrastruktur.

Immer deutlicher wird, dass der Krieg gegen den Irak ein Eroberungskrieg ist

Währenddessen schließen die USA ihre Planungen für die „Nachkriegsordnung“ im Irak ab. In Kuwait hält sich der pensionierte General Garner bereit, der mit seinem „Amt für Wiederaufbau und humanitäre Hilfe“ die Zivilverwaltung übernehmen soll. Ihm unterstehen mittlerweile mehrere hundert Personen, pensionierte Offiziere, Ex-Botschafter, Ver-

waltungsexperten usw.² Auch die neuen Geldnoten, die unter der Kolonialverwaltung zum Einsatz kommen sollen, sind bereits gedruckt. Während die europäischen Mächte, einschließlich Großbritannien, und andere Länder der UNO die entscheidende Rolle beim „Wiederaufbau“ des Irak zuweisen und UN-Generalsekretär Annan den Koordinator für den Wiederaufbau des Iraks auch bereits ernannt hat, beharrt die US-Regierung darauf, gestützt auf ihre Truppen, die auf Jahre im Irak bleiben sollen, auch die Zivilverwaltung in der Hand zu behalten.

Zwischen Mitte Februar und Anfang März hatte die US-Regierung Baufirmen,



ausschließlich US-Konzerne, aufgefordert, Angebote für Wiederaufbauarbeiten im Nachkriegs-Irak in zunächst sechs Bereichen einzureichen. Dabei ging es um ein Auftragsvolumen von bis zu 900 Mio. \$ für Instandsetzung zerstörter Infrastruktur wie Straßen, Brücken, Krankenhäuser, Flughäfen, Wohnhäuser, Regierungsgebäude ... In der ersten Aprilwoche wurden die Ausschreibungsverfahren auf vier weitere Aufgabengebiete ausgeweitet. Zuvor schon war ein Konzessionsvertrag abgeschlossen worden, der den Betrieb des einzigen Tiefseehafens des Iraks, Umm Kasr, einem Konzern aus Seattle zuschlägt. Inzwischen sind zehn Großverträge mit einem Volumen von insgesamt 1,9 Mrd. \$ abgeschlossen.³ Die Mittel sind erst einmal in dem knapp 80 Mrd. \$ umfassenden Kriegshaushalt enthalten, den Senat und Repräsentantenhaus kürzlich verabschiedeten – das Repräsentantenhaus mit dem Zusatz, dass Firmen aus Deutschland, Frankreich, Russland und Syrien keine Aufträge beim Wiederaufbau erhalten sollen.

Der Aufschrei der solchermaßen ausgeschlossenen Konkurrenten war gewaltig. Einig sind sich aber alle, dass der zerstörte Irak seinen Wiederaufbau aus den Einnahmen des Ölexportes selbst zu finanzieren hat.

Der *Washington Post* zufolge soll der frühere Shell-Manager Carroll Verwaltung und Betrieb der irakischen Ölindustrie übernehmen, um genau das zu sichern und den Wiederaufbau der irakischen Ölindustrie unter der Kontrolle und zu Nutzen internationaler, vor allem US-amerikanischer Ölkonzerne zu organisieren. Die Wirtschaftsteile der großen Zeitungen erwarten, dass mit Kriegsende der Startschuss zu einer Ölbonanza fällt, wie die Ölkonzerne ihn lange nicht erlebt hätten. Denn viele bekannte Ölfelder des Irak, der nach Saudi-Arabien die zweitgrößten bekannten Ölreserven birgt, sind noch nicht erschlossen, die bestehenden Ölförderanlagen veraltet und unproduktiv, Erschließung und Neuinvestitionen gelten als überaus profitträchtig. Überdies wird erwartet, dass in vielen bisher noch nicht untersuchten Regionen des Landes weitere große Ölvorkommen zu entdecken sind.

Der „Modernisierungskrieg“ oder Iraks „Vorreiterrolle“

Das *Wall Street Journal* machte jetzt auf ein vertrauliches Dokument der US-Regierung mit dem Titel „Vision for Post-Conflict Iraq“ aufmerksam. Es wurde von einer Amtsstelle des Pentagon ausgearbeitet und fungiert dem Blatt zufolge als eine Art Drehbuch für den „Wiederaufbau eines neuen Iraks, dem gemäß den Vorstellungen im Weißen Haus eine Art Vorreiterrolle bei der Verankerung von Marktwirtschaft und Demokratie im arabischen Raum zukommen soll“.³ Das Papier enthält Festlegungen über die zu schaffenden Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Neuordnung. Diese Festlegungen sind äußerst detailliert, um die Überprüfung der „Fortschritte“ zu ermöglichen. So sollen, um ein einziges, nicht unwichtiges Beispiel zu nennen, im ersten Nachkriegsjahr 25.000 Schulen mit Material und Lehrpersonal ausgestattet werden, erst dann werde die Schulverwaltung an das Erziehungsministerium übergeben. In praktisch allen Bereichen werden die Weichen gestellt. Aber in welche Richtung?

Aufschlussreich ist eine Frage, die das *Handelsblatt* Außenminister Fischer im Rahmen eines Interview stellte. Bei der Bemerkung Fischers, dass der offene Weltmarkt eine enorme friedenserhaltende Wirkung habe, hakt das *Handelsblatt* ein: „Es gibt aber auch eine andere Theorie. Dass der Krieg Länder in den

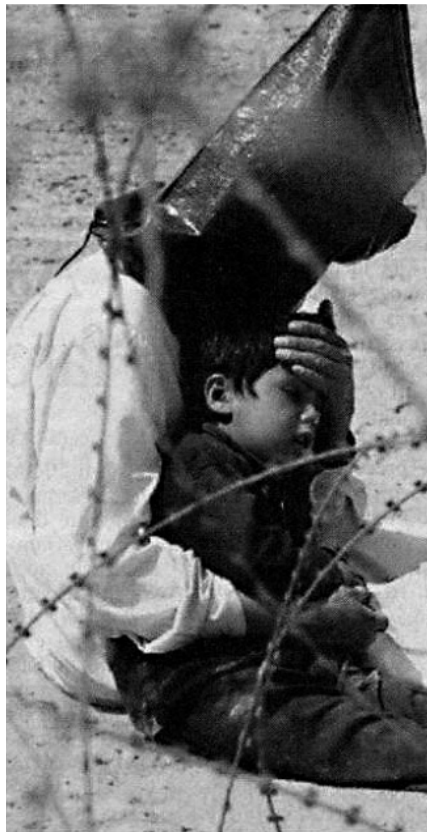
Prozess der Globalisierung einbindet, in den sie bisher nicht integriert waren.“ In der nächsten Frage spricht das Blatt gar vom „Modernisierungskrieg“. Fischer Antwort übrigens: „Das entscheidende Problem ist eher eine Modernisierungsblockade in vielen arabischen Ländern. Aber ob zu dessen Überwindung ein Krieg mit allen seinen Unwägbarkeiten und Risiken das richtige Instrument ist, wage ich doch sehr zu bezweifeln.“⁴

Die als Kriegsziel propagierte Neuordnung des Mittleren Ostens geht über die Kontrolle des Öls weit hinaus. Es geht um die Erschließung bisher weitestgehend verschlossener riesiger Kapital-, Waren- und Arbeitsmärkte für die internationalen Konzerne, gesichert durch militärische Übermacht und ein System von Staaten zweiter und dritter Ordnung, nicht nur in der arabischen, sondern darüber hinaus in der nicht-arabischen islamischen Welt.⁵ Dabei macht die US-Administration keinen Hehl daraus, dass sie einer Art „Domino-Theorie“ folgt und in der Eroberung des Irak den Hebel ansieht, den sie sodann gegen weitere Länder ansetzt. Wenn Bush verspricht: „Diese lebenswichtige Region wird umgestaltet, indem Millionen Menschen in den Genuss von Hoffnung und Fortschritt kommen“, ist das mehr als eine blumige Phrase oder auch vage Drohung: Vor wenigen Tagen hat der US-Präsident eine Studie in Auftrag gegeben. Der Atlantic Council, eine überparteiliche Denkfabrik in Washington, soll die Möglichkeiten eines Regimewechsels im Iran untersuchen, wobei ausdrücklich „alle Optionen“ eingeschlossen sein sollen, also auch Krieg. „Außerdem will das Weiße Haus wissen, welche ‚Führungsfiguren‘ für eine Demokratie-Bewegung in Frage kämen. Und in welchem Stadium sich das iranische Nuklear-Programm befindet.“⁶

Die Zukunft des Irak ist ungewiss. Mit der Arroganz der Macht erörtern die verschiedenen Exponenten in der US-Regierung die Frage der „Übergangsregierung“, streiten um Personen und Posten und Perspektiven und Formen der „Übergabe an Irak“. Es ist ja keineswegs auszuschließen, dass all die Pläne zur „Umgestaltung“ und „Neuordnung“ des Iraks daran scheitern, dass die US-Militärmacht das Saddam-Regime zwar stürzen, den Widerstand aber nicht brechen und die irakische Gesellschaft nicht „befrieden“ kann. Die Gefahr der Einsetzung von Warlords und der Errichtung neuer blutiger Diktaturen, des Zerfalls und der Zerteilung des Irak und im Gefolge der Verschärfung bestehender und der Zunahme neuer Konflikte im Mittleren Osten ist groß.

Im Schatten des Krieges: Die Militarisierung der EU wird forciert

Am 3. April hielt Bundeskanzler Schröder eine Regierungserklärung „zur internationalen Lage und den Ergebnissen des Europäischen Rates in Brüssel“, in der er die deutschen Vorstellungen über die



Irakischer Kriegsgefangener im Lager – mit seinem Kind

„Zukunft des Irak und die politische Neuordnung des Landes nach dem Ende des Krieges darlegte.“⁷ Die Regierungserklärung macht ein weiteres Mal deutlich, wie die BRD im Schatten des Irak-Konflikts ihre hegemonialen Absichten in Europa voranbringt und dabei die Entwicklung der EU zu einer Militärmacht forciert. Die Perspektive, die Schröder aufweist, ist die „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion“.

Gerade in diesen Tagen hat die Militarisierung der EU einen gewaltigen Schub erfahren. Seit dem 1. April führt die EU erstmals in ihrer Geschichte eine militärische Operation durch, und zwar durch die Übernahme der sog. Friedensmission in Mazedonien. Hier geht es um die Bereitstellung einiger hundert Soldaten. Als nächsten Einsatz bereitet die EU die Übernahme der bisher noch von der NATO geführten Mission in Bosnien-Herzegowina vor. Hier sind bislang 12.000 Soldaten unter dem Kommando der NATO stationiert. Den Einsatz in Mazedonien übernahm die EU-Eingreiftruppe, die 1999 auf dem Helsinki-Gipfel beschlossen worden ist. Die bis zu 60.000 Soldatinnen und Soldaten, die ad hoc zu Militäreinsätzen zusammengestellt werden – bis zu 18.000 stellt die Bundeswehr – sollen in einem Radius von 4000 km eingesetzt werden können. Daneben existiert bereits eine ganze Reihe stehender Korps mit Verbänden aus jeweils unterschiedlichen Ländern (Frankreich und die BRD sind fast immer dabei).

Am 29. April nun treffen sich die Regierungen Frankreichs, Belgiens,

Deutschlands und Luxemburgs, also derjenigen Länder, die sich gegen den Irak-Krieg aussprachen und dabei den Konflikt und die breite Ablehnung des Krieges in allen EU-Mitgliedsländern zu nutzen versuchten, die Gleichberechtigung der Mitgliedsstaaten bei der Formulierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auszuhebeln.⁸ Bei diesem Treffen geht es vor allem um die Absicht der betreffenden Länder, eine EU-Armee – als stehendes Heer – aufzubauen und die verschiedenen Schritte auf diesem Weg einzuleiten. Befragt, ob die Debatte über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion angesichts der Tatsache, dass nicht alle Staaten die Entwicklung mittragen, „nicht auf ein Kerneuropa hinausläuft“, antwortete Außenminister Fischer dem Handelsblatt: „Die Europäer müssen mehr Gemeinsamkeit innerhalb der EU-Verträge vereinbaren. Wenn das nicht gehen sollte, dann muss wie beim Schengen-Abkommen eben notfalls eine Gruppe von Ländern vorangehen, außerhalb der Verträge. Später kann das dann in die Verträge überführt werden. Es gibt eine alte Grundregel in der EU: Keiner muss wollen; aber die, die wollen, müssen auch dürfen.“⁴

Aber was wollen die vier genannten Regierungen – andere, etwa die österreichische, haben ihr Interesse ebenfalls angemeldet – eigentlich „dürfen“? Weder die EU-Eingreiftruppe noch die existierenden Korps sind geeignet, schnell Widerstand niederwerfen zu können, zum Beispiel auf dem Balkan oder in anderen Grenzregionen der EU. Dazu bedarf es eines stehenden Heeres, das im Einsatzraum präsent ist, gruppiert und schnell, d.h. binnen Stunden oder Tagen, nicht binnen Wochen oder Monaten, einsetzbar. Darum geht es.

In der linken Debatte neigen viele dazu, den Konflikt um den Irak-Krieg und die gerade von Deutschland und Frankreich betriebene Militarisierung der EU als Ausdruck sich verschärfender innerimperialistischer Widersprüche zu interpretieren. Mehr spricht dafür, sie als Ausdruck der Absicht gerade Deutschlands und Frankreichs zu verstehen, in Arbeitsteilung mit den USA ein neues internationales System von Herrschaft und Abhängigkeiten zu installieren. *sc*

1 Independent / ZNet, 2.4.2003, www.zmag.de/article/article.php?id=556

2 Siehe u.a.: NZZ, 5.4., „Iraks neue Regierung wartet bereits in Kuwait“

3 Nach: NZZ, 5.4., „Der schwierige Wiederaufbau des Iraks, Privatwirtschaft und US-Regierung in den Startlöchern“

4 3.4.03, <http://www.bundesregierung.de/interview/-477175/Bundesaussenminister-Fischer-i.htm>

5 Das Land mit der größten muslimischen Bevölkerung (198 Mio.) ist Indonesien.

6 Handelsblatt, 7.4., Die Weltbeglückter aus Washington

7 <http://www.bundesregierung.de/regierungserklaerung/-477127/Regierungserklaerung-von-Bunde.htm>

8 siehe ausführlich Politische Berichte Nr. 4, S.

„Den auswärtigen Krieg zu stoppen, bedeutet gleichzeitig: Den inneren Krieg gegen die Immigranten-Rechte zu stoppen!“

Aus dem Beschlussdokument des Dachverbands der US-Gewerkschaften vom Herbst 2000 (AFL-CIO, „*Recognizing Our Common Bonds*“), das dessen politische Neu-Ausrichtung auf den Kampf gegen den Rassismus bzw. den Kampf für die Rechte der Immigranten zusammenfasst, wird hinsichtlich der Zielsetzung und ihrer Begründung Folgendes deutlich: Viele der – im damaligen Vorjahr (1999) – neu eingetretenen rd. 600.000 Gewerkschaftsmitglieder waren Immigranten, die auf diesem Wege Schutz und Beistand gesucht haben in ihrer weitgehend rechtlosen Lage. Der Dachverband hat sich hier zur Aufgabe erklärt, sowohl auf der Ebene der öffentlichen Meinungsbildung wie auch auf der Ebene der Gesetzgebung der Ungleichstellung bzw. Ungleichbehandlung von eingewanderten Arbeitskräften gegenüber den einheimischen Arbeitskräften entgegenzuwirken. Dieser Zustand wird als Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung begriffen. Der Dachverband weist hier beispielhaft hin auf das heimliche Einverständnis der US-Einwanderungsbehörden gegenüber den Praktiken solcher Unternehmer, die die rechtlose Lage der bei ihnen beschäftigten Immigranten aufrechtzuerhalten suchen – durch systematisches Kaputtmachen jeglicher gewerkschaftlicher Betätigung in ihren Betrieben (IUF News Bulletin; issue 3 – 4, 2000: „*Racism, the Right and Immigrant Workers: An Organizing Challenge*“). Die Gesetzgebung zur Etablierung des inneren Ausnahmezustands – im Gefolge der Anschläge vom 11. Sept. 2000 – hat bestätigt, was das o. a. Beschlussdokument ausführt zur Methode des Gegeneinander-Ausspielens. So wurden u. a. die Beschäftigten an den 425 US-Flughäfen unter sofortige Bundeshoheit (d.h. unter andauernden „Terrorismus“-Verdacht bzw. die entspr. Dauer-Überprüfung) gestellt. Im Ergebnis sind sehr viele der dort beschäftigten Leichtlohn-Arbeitskräfte nicht-weißer Hautfarbe, egal ob Immigranten oder US-Staatsbürger, entlassen worden: „In Baltimore haben nur 40 % der Gepäckverteiler-Arbeitsverträge das [mit der „Überprüfung“ gekoppelte, Red.] Wiedereinstellungs-Verfahren überlebt ... Die Gesichter der dortigen Gepäckverteiler haben sich – nach der Unterstellung der Flughäfen unter die Bundeshoheit – verändert. Es sind jetzt viel mehr Gesichter mit weißer Hautfarbe dort zu sehen als vor dem 11. September“ (www.nnirr.org/news/archived_netnews/2002: Lillian Gale-

do/Federalization of Airport Workers and Beyond).

Vor Hintergrund dieser aktuellen Entwicklung innerhalb der USA wird in einer Gewerkschaftsresolution vom 9.12.2002 (San Francisco Labor Council/AFL-CIO) die Wiederbelebung des Zusammenschlusses der Arbeiterbewegung mit der Antikriegsbewegung und der Bürgerrechtsbewegung, wie es der Fall war in den 60er Jahren („verkörpert durch die Person des Referent Martin Luther King jr.“), proklamiert – „um Bushs Kriegskurs zu besiegen – sowie den Rassismus, durch den er unterlegt ist und den er weiter befördert!“ (www.unitedforpeace.org/article: „Labor Needs to Take a Clear Stand Against the War“). Die Wiederbelebung dieses Zusammenschlusses – von dem man wegen der heute aktiven Veteranen des Vietnamkriegs noch sehr gut weiß, dass die US-Soldatenbewegung ein wichtiger Bestandteil davon war! – soll auch dazu dienen, die damals errungenen Rechte und Besitzstände zu verteidigen. Auf dieser Linie bewegt sich beispielsweise die Gegenwehr gegen einen aktuellen diesbezüglichen Angriff der Bush-Administration, der jetzt seinen Höhepunkt findet vor dem Obersten Gerichtshof (Supreme Court) der USA. An diversen US-Universitäten hat sich ein Erfolg der Bürgerrechtsbewegung aus den 60er/70er Jahren forterhalten: Hier wird bei Auswahl der Studienplatzbewerber nach der sozialen Herkunft und nach der Hautfarbe gefragt – in der gesellschaftspolitischen Absicht, Bewerber aus armen Bevölkerungsteilen sowie aus den Bevölkerungs-

teilen nicht-weißer Hautfarbe besonders berücksichtigen zu können. Drei Studenten weißer Hautfarbe haben nun – mit Unterstützung aus der Bush-Administration – dagegen Klage eingereicht: wegen „rassischer Diskriminierung“: Wer weißer Hautfarbe sei, habe von vornherein weniger Chancen auf einen Studienplatz – als Bewerber nicht-weißer Hautfarbe (The Guardian – 2.4.2003, Affirmative action case splits US). Gegen diesen aktuellen Versuch der Liquidierung von Erfolgen und Besitzständen der vormaligen US-Bürgerrechtsbewegung hat sich mittlerweile ein landesweiter Widerstand entfaltet, der u. a. bei Verfahrensbeginn zu Protestaktionen am Sitz des Obersten Gerichtshofs in Washington geführt hat (siehe Foto!).

Die zuvor angesprochenen, vielfältigen Aktivitäten gegen den Kriegskurs bzw. gegen den Rassismus – in Verbindung mit der Kriegsberichterstattung – wirken sich zunehmend nicht nur innerhalb der Zivilgesellschaft aus (TIMES-ONLINE – 31.03.2002, Why is my country bombing these poor people?). Sondern sie zeitigen auch zunehmende Wirkung innerhalb der Militärgesellschaft. Das wird sich (wegen der Gründe, die hierfür maßgebend sind) fortsetzen, ob nun der Eroberungskrieg weiter anhält oder in einen Stellungs- und Besatzungskrieg übergeht. Einem Spezialbericht zufolge sind bei dem von Veteranen betriebenen „Centre on Conscience and War (Washington)“ allein im Januar 2003 rund 3.500 Anrufe zwecks Verweigerungsberatung eingegangen – „zweimal soviel wie normal“ (The Guardian – 1.4.2003, Fighting not to fight)! Diese Anfragen gehen aus von aktiven Soldatinnen/Soldaten,



von Reservistinnen/Reservisten sowie von deren Angehörigen. Aus einem Zusatzbericht (*The Guardian* – dt., Marine who said no to killing on his conscience) zum ersten Fall einer Kriegsdienstverweigerung in den US-Streitkräften im laufenden Jahr (die Anzahl solcher Fälle in 2002 wird mit 29 angegeben) geht hervor, dass der Verweigerer – Sohn eines Immigranten-Elternteils von den Philippinen – bei den Streitkräften eingetreten ist, weil ihm hier die Finanzierung seiner späteren Hochschulausbildung garantiert worden war. In diesem Fall hatte der Mangel an Ausbildungsgeld zum Übertritt aus der Zivilgesellschaft in die Militärgesellschaft geführt – in anderen Fällen hat die Suche nach einem Job dorthin geführt. Aus den Reportagen zur Situation in den Familien von im Irak gefangener oder ums Leben gekommener US-Soldatinnen/-Soldaten wird der existentielle bzw. soziale Anstoß zum Übertritt in die Militärgesellschaft überall deutlich. Und es wird tiefe Besorgnis bzw. Verbitterung (gegenüber der Bundesregierung) darüber deutlich, dass die betroffenen Töchter bzw. Söhne – die überhaupt nicht aus Lust am Waffenhandwerk zu den Streitkräften gelangt sind – jäh ihrer Zukunft beraubt sein könnten bzw. für immer um diese Zukunft gebracht wurden (*Washington Post* – 27.03.2003, Back at Home, Grieving – and Some Questions).

Hier hat jetzt die bewusste Distanzierung von der Militärgesellschaft eingesetzt bzw. Platz gegriffen: Sie wird identifiziert als Ort, an dem systematische Verrohung einverlangt ist und an dem sich v. a. der Rassismus ausleben kann. Der o.a. Kriegsdienstverweigerer (20 Jahre alt, Mitglied der Reserve bei den Marines in San Jose) war zum Kampfeinsatz beordert worden und hatte sich daraufhin abgesetzt. Deswegen muss er auf jeden Fall mit einem Militärgerichtsverfahren wegen „unerlaubter Entfernung von der Truppe“ rechnen. Zusammen mit seinem Rechtsanwalt und Verweigerungsberatern hat er sich am 1.4. den Militärbehörden seiner Truppenbasis gestellt. „Mr. Funk [der Verweigerer, Red.] sagte, dass viele Rekruten (des Gefechtskampfttrainings) diejenigen beneiden hätten, die an den Golf [zum Irak-Einsatz, Red.] geschickt wurden: ‚Sie würden solche Dinge sagen wie „Knall einen von den Lumpenköpfen ab für mich – ich bin sowas von neidisch, Mann!“...‘ (s.o.) Die angesprochene Mentalität soll handlungsleitend wirken – etwa in jenen Einsätzen zwecks systematischer „Befriedung“ des bewaffneten Guerilla-Widerstand seitens der irakischen Bevölkerung. Sie werden von einem Oberstleutnant der US-Streitkräfte mit folgenden Worten charakterisiert: „Wir geh’n raus, um sie zu finden. Wir geh’n raus, um sie gnadenlos zu jagen. Und wir geh’n raus, um sie zu töten“ (*Washington Post* – 29.3.2003, U.S. Forces Fight to Protect Supply Lines). Konse-

quenterweise wird diesem o. a. ersten Kriegsdienstverweigerungsfall – ebenso wie dem ersten Fall der Tötung von Vorgesetzten durch Handgranatenwürfe ins Kommandozelt (siehe unten!) – ausdrücklich ein „Mangel an richtiger innerer Einstellung“ zum Soldatenjob vorgeworfen. Tatsächlich stellt der zitierte Verweigerer in seiner Begründungs-Argumentation zum einen darauf ab, dass er den Umgang der Staaten miteinander nicht durch Krieg geregelt wissen will. Und zum andern macht er deutlich, dass ihn die Benutzung seiner Person als Tötungswerkzeug (durch die Streitkräfte) anwidert. „Mr. Funk sagt, er sei deswegen an die Öffentlichkeit gegangen, um andere junge Leute – die ihre Gründe für den Eintritt in die Streitkräfte nicht durchdacht haben – davon abzubringen: ‚Alles, was sie [das Militär] wollen, sind Nummern. Was ich vorhab, ist der Versuch, Leute dahinzubringen, dass sie ihre Optionen abwägen – es gibt so viele weitere Möglichkeiten, Geld für eine Hochschulausbildung zu verdienen.“ [...]“ (s.o.).

(alle Zitate aus den Quellen: eigen. Übers. /huh)

Ein Zustandsbericht aus der Militärgesellschaft

„Claude Johnson war grade dabei, sich durch die TV-Kanäle zu klicken, um Cartoons für seine Enkelin zu finden – als ein Nachrichten-Bulletin verlaublich, dass seine Tochter Shoshana von den Irakis gefangen genommen worden war ... Bald danach zeigte der irakische Sender Bilder von [der US-Soldatin] Johnson und von vier anderen Angehörigen der 507. Instandhaltungs-Kompanie der US Armee, die mit ihr zusammen in Gefangenschaft geraten waren. Sie sahen sehr verängstigt aus, verstört, und bei einigen sah man Verwundungen. Diese Bilder trugen dazu bei, Lehren nach Hause – in die amerikanische Öffentlichkeit – zu bringen, welche sie in den vergangenen Tagen schmerzvoll erlernen musste: Der Konflikt wird nicht annähernd so schnell, so gradlinig und so leicht – was die US-Verluste betrifft – vonstatten gehen, wie es die Pentagon-Planer ursprünglich hatten glauben machen wollen. Johnson, eine Köchin, war im Fort Bliss stationiert gewesen, eine ausgedehnte Militärbasis an der Peripherie von El Paso in Texas – dem Heimat-Bundesstaat von Georg W. Bush, nahe der Grenze zu Mexiko. Für viele Amerikaner stellt sich diese riesige militärische Anlage als eine Einkapselung des Widerstands dar – der zurückschallt aus dem Gang in den Krieg. Im Verlaufe eines einzigen Zwischenfalls am letzten Wochenende geriet eine halbe Kompanie von Köchen, Schweißtechnikern, Fahrern und Mechanikern – die bei der Stadt Nasiriyah eine falsche Abfahrt gewählt hatten – in ein Feuergefecht und gilt seither als verloren.

Johnson, eine 30-jährige alleinstehende Mutter mit einer zwei Jahre alten

Tochter – Janelle – war noch nicht einmal fürs Gefecht ausgebildet worden, wie ihr Vater sagt: ‚Sie kann wohl eine Stellung verteidigen oder so was ähnliches, aber ihr hauptsächlichster Auftrag ist, für die Kompanie zu kochen. Sie kann alles kochen.... Warum geriet sie so nahe heran ans Feuergefecht?‘ [Der ‚blitzkriegsmäßige‘ Vorstoß gepanzerter US-Einheiten in Richtung Bagdad führte dazu, dass ihnen kein Reparatur-Material, kaum noch Sprit und nur noch eine tägliche Notration Verpflegung pro Mann zur Verfügung stand. Der Nachschub für sie musste über eine langgestreckte, völlig ungesicherte Versorgungslinie erfolgen. Für dieses Himmelfahrtkommando hat man offenkundig die 507. Instandhaltungskompanie geopfert (*The Observer* – 30.3.2003, The reality of war; *Washington Post* – 27.3.2003, Back at Home, Grieving – and Some Questions) /Red.] Sie wurde gefangen genommen während eines irakischen Angriffs auf die Versorgungslinien der [Alliierten] Koalition – eine Taktik, die die Amerikaner nicht vorhergesehen hatten. [...].

Die Bilder der versteinert vorsich hinstarrenden [Soldatin] Johnson haben die Sorgen um das Schicksal anderer Streitkräfte-Angehöriger belebt, die bei vorherigen Gefechten in Gefangenschaft geraten waren. [...] Angesichts des irakischen Widerstands hat das Schicksal der Angehörigen der 507. [Instandhaltungskompanie] einen Umschwung der öffentlichen Meinung hinsichtlich des Kriegs bewirkt – in Richtung Realismus: 70 Prozent der Amerikaner glauben jetzt, er könnte noch Monate andauern. [...]. Der auf die Kriegsgefangenen ausgerichtete Blickwinkel lieferte dem Publikum aber auch ein klareres Bild davon, wer die Truppen stellt, am Golf. Die Johnson wurde Soldatin, um den Kochberuf zu erlernen, die [andere Angehörige der 507. Kompanie, die ebenfalls in Gefangenschaft geraten war, Lori /Red.] Pies-tewa ist eine eingeborene Amerikanerin aus dem Navajo-Reservat, und der ebenfalls in Gefangenschaft geratene Schweißtechniker, Gefreiter Patrick Miller – er erzählte denen, die ihn gefangen genommen hatten im Fernsehen, dass er im Irak lediglich deswegen sei, um ‚abgebrochenes Material [durch Anschweißen] wieder zu befestigen‘ – hatte sich im letzten Sommer zur Armee gemeldet, um darüber sein Studium finanzieren zu können. All das hat jene Kritikströmung weiter angeheizt, die geltend macht, dass sich innerhalb des Militärs die Gewichte verschieben – in Richtung Minderheiten und arme Weiße.

Fragen werden auch gestellt zum Fall des Sergeant Asan Akbar – des Angehörigen der Marines-Einheit, der vergangene Sonntagnacht in Kuwait gegen seine Kameraden vorging. Er warf Handgranaten in Zelte, in denen seine Kollegen schliefen. Dabei wurde ein Hauptmann sofort getötet und 15 andere Angehörige der 101. Luftlande-Division

wurden verletzt, einer davon starb später. Er befindet sich jetzt in einem [US-] Militärgefängnis in Deutschland. Dort wird er festgehalten, bis Anklage auf Grundlage der Militärstrafrechts bzw. der Militärgerichtsbarkeit gegen ihn erhoben wird. Eugene Fidell, ein Rechtsanwalt aus Washington, sagte: Das Vorgehen könne es rechtfertigen, dass gegen ihn die Todesstrafe verhängt wird. Die mit der Untersuchung des Vorfalls beauftragten Militärs haben gesagt, dass der 36-jährige Angehörige eines Minen-Räumbataillons ein „Problem mit seiner inneren Einstellung [gegenüber seinem Soldatenjob /Red.]“ gehabt habe. Er habe bereits zuvor eine [schriftliche] Rüge wegen Ungehorsams bzw. Auflehnung erhalten, und man habe ihm gesagt, dass er nicht teilnehmen dürfe am Vorstoß in den Irak hinein. Die Tatsache, dass er bei seiner Verhaftung geschrien hat: „Ihr seid hier, um unsere Mütter und Töchter zu töten!“ und sein muslimischer Glauben haben seine Familie jedoch dazu veranlasst, zu dementieren, dass er ein Terrorist ist.

Sein Stiefvater und sein jüngerer Bruder, Ismael Mustafa Bilal – sie leben in Baton Rouge/Louisiana – behaupten: Er sei durchgeknallt – nicht so sehr unter dem Druck, in der Golfregion zu sein. Sondern unter dem Druck, ein Afro-Amerikaner und ein Muslim in der US-Armee zu sein – in der Folge des 11. September. Bilal sagt, das sei mehr als nur eine Theorie. Er sei [während seiner eigenen Militärdienstzeit] der einzige Moslem gewesen im Schwadron. Aber vor kurzem hat er die Luftwaffe verlassen – mit einem „ehrenhaften Abgang“. Das kam zustande mit der Hilfe seines Kongressabgeordneten – nachdem er dieselbe Unterdrucksetzung erfahren hatte.

Dem [o.a. Asan] Akbar wurde nicht gestattet, am Ersten Golfkrieg teilzunehmen – wegen seiner Religion, sagte seine Mutter, Quran Bilal. Er sagte: Mama, wenn ich dorthin komme, dann hab ich das Gefühl – sie werden mich einsperren im Arrest, nur wegen meines Namens. Er würde versuchen, niemandem das Leben zu nehmen. Er sagte, das einzige, was er tun würde, wäre – Brücken in die Luft zu jagen. [...].“

(Quelle: *The Observer* – 30.03.2003, „*Hometown America watches in horror*“, eigen. Übers.)

Ein Zustandsbericht aus der Zivilgesellschaft:

„Oakland, CA [California] – Immigranten- und Flüchtlings-Gruppen schlagen Alarm wegen der [zusätzlichen] Gefahren für die Rechte der Immigranten, der Flüchtlinge und der Gemeinwesen von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe. Diese Gefahren gehen aus von der am 1. März [2003] vollzogenen Übernahme der Durchführung des Einwanderungsgesetzes – sowie der dafür zuständigen Behörde – als Teilaufgabenbereich in die neugeschaffene Bundesbehörde für Sicherheit des Vaterlands [Department of



Anfang des Jahres kam es v.a. in Los Angeles zu Protesten gegen die Registrierung und Inhaftierung von Migranten

Homeland Security (DHS), Red.).

Mitglieder einer – vom Nationalen Netzwerk für Immigranten- und Flüchtlingsrechte [National Network for Immigrant and Refugee Rights (NNIRR), Red.] einberufenen – Arbeitsgruppe zur Frage der Durchführung und der rechtlichen Auswirkungen warnten davor, dass der drohende Krieg im Irak sowie die Eingliederung der Einwanderer- und Einbürgerungsbehörde [Immigration and Naturalization Service (INS), Red.] in die DHS auf eine gefährliche Eskalation der inneren Kriegsführung gegen die Rechte der Immigranten, der Flüchtlinge und der Gemeinwesen von Menschen unterschiedlicher Hautfarbe hindeuten. [Und zwar dergestalt, dass dadurch] Militarismus und Rassismus gegenüber diesen Gemeinwesen gesteigert werden.

Catherine Tactaquin, Direktorin des NNIRR, erklärte: „Ohne effektive Aufsicht seitens unserer Kommunen – und Rechenschaftspflicht diesen gegenüber – wird die Bundesbehörde für Sicherheit des Vaterlands weiterhin die Bürgerfreiheiten und die Menschenrechte unserer Kommunen unterminieren. Den auswärtigen Krieg zu stoppen ist gleichbedeutend mit dem Aufrechterhalten der Rechte unserer Kommunen auf Frieden, auf Gerechtigkeit und auf Sicherheit hier bei uns.“

Seit dem 2. Weltkrieg hat keine solch massive Reorganisation der Regierungstätigkeit im Namen der ‚Inneren Sicherheit‘ stattgefunden. Die [Schaffung der] DHS – sie setzt sich aus 22 Einzelbehörden bzw. amtlichen Einrichtungen, darunter [jetzt] die INS, zusammen – führt zur Aufstellung der größten, dauerpräsenten, bewaffneten Streikraft im Inland. Der DHS werden [zukünftig] 70.000 bewaffnete Bundesbeamte für die Durchführung der Grenzkontrolle und der inneren Immigrantenkontrolle zur Verfügung stehen. [...].

Landesweit befürchten die Gruppen, die sich um die Rechte der Immigranten

sowie um Gerechtigkeit gegenüber den Menschen unterschiedlicher Hautfarbe kümmern, dass die ‚Innere Sicherheit‘ als Schlagwort genutzt wird für die Überwachung und die Militarisierung unserer Kommunen. Und zwar auf Kosten der dringend benötigten sozialen Angebote bzw. Einrichtungen für Millionen Menschen mit niedrigem Einkommen und für die arbeitenden Menschen in Kommunen mit Immigrantenbevölkerung und einheimischer Bevölkerung. Während das Budget für den US-Krieg gegen den Irak an die 100 Billionen kosten wird, müssen die kommunalen Gesundheitseinrichtungen bzw. Kliniken schließen aus Mangel an finanziellen Zuwendungen. [...]

Das Programm ‚Sonder-Registrierung‘ (Special Registration) des Justizministeriums, das derzeit zielt auf männliche Personen ab 16 Jahren und älter – aus 25 arabischen, asiatischen und afrikanischen Ländern, die überwiegend Muslime sind, macht die verheerenden Auswirkungen der Politik der Durchsetzung bzw. Anwendung der betreffenden Gesetze seitens der Bush-Administration augenscheinlich. [Und zwar] gegenüber Immigranten, Flüchtlingsfamilien sowie Gemeinwesen von Menschen nicht-weißer Hautfarbe. Unter dem Deckmantel der inneren Sicherheit [durchgeführt], ist die ‚Sonder-Registrierung‘ das alleraktuellste Beispiel dafür, dass beträchtliche [öffentliche] Geldmittel und Ressourcen aufgewendet wurden zum Zwecke der illegalen rassistischen Ausgrenzung von Gemeinwesen der Immigranten und Flüchtlinge. [...].

Die Mitglieder der NNIRR-Arbeitsgruppe stellen fest, dass die Stabilität und die Sicherheit der Vereinigten Staaten [von Amerika] letztlich nicht zustande kommen wird durch Ausdehnung der Polizei-Beaufsichtigung und durch Strafmaßnahmen – oder durch auswärtigen Krieg. Sondern [diese Stabilität und Sicherheit wird zustande kommen] durch den Aufbau blühender Gemeinwesen – gegründet auf Würde und Respekt, mit umfassendem Zugriff auf Löhne, die das Leben lebenswert machen, auf Erziehung, auf Wohnungen und auf die Mittel für den Familienzusammenhalt. [...]. Arnoldo Garcia, der die NNIRR-Arbeit koordiniert, schließt mit den Worten: „... Es ist der US-geführte Krieg, der Frieden und Sicherheit unterminiert, zu Hause ebenso wie auswärts. Wir müssen beide Kriege stoppen: Das ist der einzig richtige Weg hin zu Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Gleichheit.“ [...].“

Quelle: National Network for Immigrants and Refugee Rights – Press Release, Thursday, February 27, 2003: „Immigrant Rights Groups Fear Domestic War Will Escalate Against Immigrants and Refugees as Homeland Security Department takes over Immigration Controls“, eigen. Übers.; weitere Quelle dazu: „National Statement: Stop the War Abroad. Stop the Domestic War against Immigrants, Refugees and Communities of Color“ – in: www.nnirr.org/registrations/statement.html

huh

Schröders inkompetente Richtlinie

Bei der Regierungserklärung vom 14. März 2003 äußerte sich Schröder richtungsweisend zu Fragen des Versicherungswesens. Dabei kam er zu dem Schluss, dass das besondere Risiko der Sportunfälle von den gesetzlich Pflichtversicherten mitzutragen sei. Grund: Anders würde man den Breitensport treffen und damit die Gesundheitsförderung und Prävention. Diese Behauptung hat im organisierten Vereinswesen eine starke Lobby. Richtig ist sie nicht. Das Risiko der Sportverletzung besteht vor allem im organisierten Sport und dort im halbprofessionellen, verbandlich organisierten Bereich. Was geht hier vor? Hier wird Leistung abgefordert nach Regeln, auf die die Sporttreibenden wenigstens in ihrer aktiven Zeit null Einfluss haben. Würden die Vereine gezwungen, ihre Sportler nach der Art der Berufsgenossenschaft zu versichern, dann entstünde ein Interesse, die Regeln und Bedingungen der Wettbewerbe mit Rücksicht auf die Risiken zu gestalten. Unfallverhütend halt. Es wäre auch ohne weiteres denkbar, die Veranstalter von hochriskanten Events zur Versicherung ihres Angebotes zu zwingen. Eine Rückwirkung auf den Breitensport wäre gewiss zu vermeiden. Eine Rückwirkung auf den Verbandssport und seine Regeln allerdings nicht.

Wie man diese Sache auch sieht, fest steht, dass es hier um Risiken geht, die durch das individuelle Verhalten sehr leicht beeinflusst werden können. Es liegt eine individuelle Entscheidung vor. Wird dieses Risiko durch die Allgemeinheit der Versicherten getragen, ermöglicht sie dieses riskante Verhalten und fordert es bis zu einem gewissen Grade sogar heraus. Es ist ganz klar eine Entscheidung, wie weit dieser Spielraum gezogen werden soll, und es würde manches dafür

sprechen, wenigstens diejenigen in die Versicherungspflicht zu nehmen, die die Regeln setzen und den Wettkampf veranstalten.

Schröder will das nicht. Stattdessen entdeckte das Krankengeld als „klar abgrenzbaren Kostenblock“, der auch „in Zukunft überschaubar“ bliebe.

Das ist ein unhaltbarer Standpunkt. Das Krankengeld, es wird nach der sechswöchigen Lohnfortzahlung zur Zeit bis zu 78 Wochen innerhalb von drei Jahren bezahlt, betrifft schwer Erkrankte. Wer die Versicherung durch Krankengeld belastet, hat es schwer. Es handelt sich dabei um eine Risikogruppe. Die Versicherungswirtschaft hat die Mittel (und die gesetzliche Pflicht), solche Risiken zu bestimmen und entsprechende Prämien zu fordern. Man würde entdecken, dass das Kollektiv, um das es geht, gar nicht in der Lage sein wird, die dem Risiko entsprechenden Prämien „privat“ zu bezahlen. Schwer und häufig Erkrankte gehören meist nicht gerade zu den Spitzenverdienern. Zum Glück ist die Öffentlichkeit qualifizierter als der Kanzler. Der Vorschlag wurde gewandelt. Jetzt geht es nicht mehr um die „private Vorsorge“, sondern nur noch darum, diesen Teil der Versicherungskosten nicht hälftig von Unternehmen und Lohnabhängigen zahlen zu lassen, sondern ausschließlich durch die Lohnabhängigen. Was geht hier vor? Nicht nur ein Finanztrick, hier geht es auch um Steuerungswirkung.

Es ist ja so, dass die Schäden, die durch Leistungsabforderung im Arbeitsprozess entstehen, bei weitem nicht in ihrer Gesamtheit als Berufskrankheiten festgestellt werden. Schwere Arbeit macht krank. Unstete Arbeit macht arm. Armut macht krank ... Schröders „neues Nach-

www.spd.de, Regierungserklärung, Gerhard Schroeder 14.3.2003

Ich zweifle auch daran, ob die an sich wohlfeile Forderung, Extremsportarten aus dem Leistungskatalog herauszunehmen, viel bringt.

Zudem ist auch hier fraglich, ob Abgrenzungen möglich sind. Mir ist beispielsweise nicht einsichtig, warum Sportunfälle insgesamt einer besonderen Versicherungspflicht unterworfen werden sollten. Damit würden wir vor allem den Breitensport treffen, einen Bereich, der zur Gesundheitsförderung und zur Krankheitsprävention beiträgt. Er ist zudem gerade für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sehr wichtig.

Anders beurteile ich die Frage der privaten Vorsorge im Hinblick auf das Krankengeld. Hier handelt es sich um einen klar abgrenzbaren Kostenblock, der auch für die Zukunft überschaubar bleibt. Die Kostenbelastung für den Einzelnen durch eine private Versicherung bliebe beherrschbar. Medizinisch notwendige Leistungen würden nicht berührt. (...)

Wir brauchen, glaube ich, auch ein neues Nachdenken – das will ich hier sehr deutlich sagen – über die öffentliche Debatte über Zuzahlungen und Selbstbehalte. Formen von Eigenbeteiligungen sind im geltenden System lange bekannt. Sie haben Steuerungswirkung. Sie halten Versicherte zu kostenbewusstem Verhalten an.

denken“ blendet die häufig und schwer Erkrankten aus dem kalkulatorischen Denken der Kapitaleseite. Ein Anreiz, die Arbeitsbedingungen mit Rücksicht auf die Gesundheit zu gestalten, fällt weg.

Der Schaden für die Lohnabhängigen ist doppelt: Erstens müssen sie die Kosten einseitig tragen und zweitens wird die Arbeitgeberseite zur Rücksichtslosigkeit bei der Leistungsabforderung gereizt. *maf*

www.versicherungsnetz.de Stichwort KRANKENGELD

Versicherte haben in der gesetzlichen Krankenversicherung Anspruch auf Krankengeld, wenn sie durch Krankheit arbeitsunfähig sind oder wenn sie stationär in einem Krankenhaus, einer Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtung behandelt werden (Arbeitsunfähigkeit).

Der Anspruch auf Krankengeld beginnt mit Ablauf der Lohnfortzahlung und endet mit Wegfall der Arbeitsunfähigkeit. Für eine Arbeitsunfähigkeit wegen derselben Erkrankung wird Krankengeld für maximal 78 Wochen innerhalb von drei Jahren gezahlt. Nach Beginn eines neuen Dreijahreszeitraums besteht ein neuer Anspruch auf Krankengeld wegen derselben Krankheit. Aber nur, wenn der Versicherte – bei Eintritt der erneuten Arbeitsunfähigkeit mit Anspruch auf Krankengeld versichert ist und

– in der Zwischenzeit mindestens sechs Monate nicht wegen dieser Krankheit arbeitsunfähig, sondern erwerbstätig war oder der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stand.

Krankengeld erhalten auch Versicherte, die nach ärztlicher Anordnung zur Betreuung oder Pflege ihres erkrankten und versicherten Kindes der Arbeit fernbleiben, weil eine andere im Haushalt lebende Person dies nicht übernehmen kann. Für diese Fälle besteht für jedes Kind bis zum vollendeten 12. Lebensjahr längstens zehn Tage je Kalenderjahr Anspruch auf Krankengeld. Dies bedeutet, dass für die Betreuung von erkrankten Kindern sowohl die Mutter als auch der Vater pro Kind und pro Jahr zehn Arbeitstage zu Hause bleiben kann; Alleinerziehende können dies 20 Tage. Bei mehreren Kindern ist das Krankengeld zum Ausgleich von Verdienstaufschlag, der durch die Pflege erkrankter Kinder ent-

standen ist, auf längstens 25 Tage, bei Alleinerziehenden auf längstens 50 Tage im Jahr, begrenzt.

Das Krankengeld beträgt 80 % des Arbeitsentgeltes, das der Beitragsberechnung zugrunde liegt (Entgelt). Dabei darf es das Nettoeinkommen nicht überschreiten.

Alle gesetzlich krankenversicherten Arbeitnehmer müssen seit 1984 vom Krankengeld Beiträge zur Renten und Arbeitslosenversicherung zahlen. Die gesetzliche Krankenversicherung trägt davon die Hälfte. Der Beitragsanteil des Versicherten mindert das auszuzahlende Krankengeld. Es besteht keine Möglichkeit, diese „Krankengeldlücke“ durch eine Höherversicherung in der gesetzlichen Krankenversicherung auszugleichen. Zum Ausgleich kann der Versicherte eine private Krankentagegeldversicherung über einen pauschalen Tagessatz abschließen.

Nur jede/r Fünzigste kriegt eine Abfindung

Arbeitgeber-Legenden zum Kündigungsschutz

In den Gewerkschaften wächst der Widerstand gegen Schröders Sozialabbau-Kurs. Nach ver.di-Chef Bsirske hat jetzt IG Metall-Vize Peters den Widerstand der Gewerkschaften gegen den Kurs von Schröder bekräftigt, falls dieser nicht in wesentlichen Punkten seine Mitte März verkündete „Agenda 2010“ korrigiert.

Besonders die geplanten Kürzungen der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, die vor allem ältere Arbeitslose in Armut treiben, und die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfe-Niveau – faktisch ein Wegfall der Arbeitslosenhilfe – wecken den Zorn der Gewerkschaften. Auch die Streichung des Krankengeldes trifft vor allem ältere Beschäftigte. Wer oft krank ist, wird zuerst arbeitslos. Die Alten und Kranken, die Generation der über 50-Jährigen, werden von Schröders Sozialabbau doppelt und dreifach belastet.

Wachsender Widerstand regt sich in den Gewerkschaften auch gegen die geplanten Verschlechterungen beim Kündigungsschutz. Auch hier verfolgt die rot-grüne Bundesregierung nur Arbeitgeberinteressen. Eine Untersuchung des gewerkschaftlichen Forschungsinstituts WSI und von Infratest, bei der Daten aus 15.500 Betrieben verarbeitet und 2.407 ArbeitnehmerInnen befragt wurden, macht das deutlich.

„Der Arbeitsmarkt ist erstarrt und unbeweglich“, verbreitet die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) auf ihrer Homepage (bda-pro-job.de). Tatsache ist: jährlich werden zwischen 3,5 und 4,5 Millionen Beschäftigungsverhältnisse aufgelöst und neu abgeschlossen. 10 bis 13 Prozent aller Beschäftigten wechseln also jedes Jahr ihren Job – unbeeindruckt vom angeblich „starren Arbeitsmarkt“.

Auch die Legende vom angeblich hohen Kündigungsrisiko für Firmen – „Kündigungen bergen ein hohes Prozessrisiko in sich“ (bda-pro-job.de) – wird durch die Studie widerlegt. Tatsache ist: In 40 Prozent aller Fälle kündigen die Beschäftigten selbst. Nur in 32 Prozent der Fälle kündigen die Firmen bzw. Arbeitgeber. Von diesen von ihrer Firma Gekündigten klagen dann wiederum nur 11 Prozent gegen ihre Kündigung vor dem Arbeitsgericht. Umgerechnet auf die Gesamtzahl aller „Jobwechsler“ pro Jahr sind das etwa 3,5 Prozent. Und von diesen bekommen im Arbeitsgerichtsverfahren weniger als die Hälfte, genau 46 Prozent, eine Abfindung.

Hochgerechnet auf die 3,5 bis 4,5 Millionen in jedem Jahr gelösten Beschäftigungsverhältnisse bedeutet das: Nur jede/r Fünzigste oder 2 von Hun-

dert Beschäftigten bekommen nach dem geltenden Kündigungsschutz beim Ausscheiden aus der Firma eine Abfindung.

Allein diese Feststellung von WSI und Infratest widerlegt alle Arbeitgeberklagen über den angeblich „starren“ und „bürokratisierten“ Arbeitsmarkt und verweist diese Klagen ins Reich der Legenden.

Auch die Höhe der Abfindungen liegt deutlich niedriger, als von Arbeitgeberseite verbreitet wird. WSI und Infratest fanden heraus: 37 Prozent aller von den Arbeitgebern gezahlten Abfindungen lagen im Bereich bis zu 3 Monatsgehältern. Nur in 21 Prozent aller Fälle gab es Abfindungen zwischen 3 und 6 Monatsgehältern, in weiteren 21 Prozent zwischen 6 und 12 Monatsgehältern, und nur in 19 Prozent aller Kündigungsfälle mussten Firmen bzw. Arbeitgeber 12 Monatsgehälter und mehr als Abfindung zahlen. Umgerechnet auf die Gesamtzahl aller Gekündigten bzw. Jobwechsler pro Jahr heißt das: Nur jeder zweihunderste Beschäftigte bekam beim Ausscheiden aus dem Betrieb eine Abfindung von einem Jahresgehalt oder mehr. Abfindungen für Manager wie die von Ex-Mannesmann-Chef Esser, der sich seinen Ausstieg mit 60 Millionen Euro vergolden ließ, sind dabei natürlich nicht eingerechnet. Darüber klagen die Arbeitgeber aber auch nicht. Denn solche Abfindungen bewilligen sich die Herren selbst.

Auch die Legenden der Arbeitgeber, das derzeitige Kündigungsrecht mit seinem Kündigungsschutz ab 6 Beschäftigte sei eine „Einstellungsbarriere“ („Viele kleine und junge Firmen stellen trotz guter Auftragslage oft den sechsten Beschäftigten nicht ein“, DIHK-Präsident Braun am 4.3.03 im „Handelsblatt“), werden von der Studie widerlegt. Tatsache ist: Die Personalfuktuation in kleinen und mittelgroßen Betrieben ist immer – unabhängig vom Kündigungsschutz – größer als in Großbetrieben. Die sogenannte „Labour-Turnover-Rate“ (das Verhältnis von Jobwechseln im Jahr zur Gesamtzahl der Beschäftigten) liegt bei Betrieben mit bis zu 5 Beschäftigten bei 19 Prozent und sinkt dann kontinuierlich. Je größer der Betrieb, umso niedriger wird die „Labour-Turnover-Rate“. Von 16 Prozent in Betrieben mit 6 bis 9 Beschäftigten sinkt sie kontinuierlich bis zu 9 Prozent in Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten. Die durchschnittliche „Labour-Turnover-Rate“ lag im Untersuchungszeitraum bei 13 Prozent. Mit anderen Worten: Auch die angebliche „Einstellungsbarriere“ bei 5 Beschäftigten ist eine Legende und wird durch die Untersuchung von WSI und Infratest widerlegt.

Nicht anders sieht es aus, wenn nur die arbeitgeberseitigen Kündigungen gezählt werden. Auch hier sinkt die Rate kontinuierlich, von 3,5 Prozent in Betrieben bis 5 Beschäftigte auf 0,5 Prozent in Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten.

Die Gründe für diese hohe Fluktuation in Kleinbetrieben sind vielfältig. Einer der wichtigsten dürfte sein: Schwankungen im Auftragseingang können von den kleinen Betrieben weniger abgefedert werden und schlagen deshalb viel schroffer auf die Beschäftigung durch.

Der von Schröder und den Arbeitgebern versprochene Anstieg von Arbeitsplätzen als Folge der Verschlechterung beim Kündigungsschutz wird also nicht stattfinden. Übrig bleibt Sozialabbau pur. *rül*

ABM, SAM, Weiterbildung

Herrn Gersters neue Sitten

„Mit den angekündigten Regierungsvorhaben kann das Kernproblem Deutschlands, die Arbeitslosigkeit, erfolgreich angepackt werden“. So hat Florian Gerster, Chef der Bundesanstalt für Arbeit, die Ankündigungen Schröders begrüßt, den Arbeitslosengeldbezug unter 55 Jahre künftig auf 12 Monate zu begrenzen und die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zu senken. Wenn der Leiter einer großen Versicherung – und nichts anderes ist die Bundesanstalt für Arbeit – öffentlich zustimmt, dass die Versicherten trotz jahrzehntelanger Beiträge künftig nach 12 Monaten von allen Leistungen ausgeschlossen und zur Sozialhilfe geschickt werden, dann ist Alarm angebracht.

Tatsächlich hat der schneidige Herr Gerster brutale Zielvorgaben für seine Anstalt aufgestellt. 2,89 Milliarden Euro sollten schon vor Schröders Rede am letzten Freitag im laufenden Jahr allein beim Arbeitslosengeld „eingespart“ werden, weitere 5,1 Milliarden Euro in anderen Bereichen, vor allem bei der Arbeitslosenhilfe. Umgerechnet auf die 1,7 Millionen BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe (von denen bisher 80 Prozent oberhalb der Sozialhilfeschwelle lebten) sind das allein in diesem Jahr „Einsparungen“ von 3.000 Euro pro BezieherIn. 2004 sollen nun alle verbliebenen BezieherInnen auf Sozialhilfeniveau gedrückt werden.

Die Methoden, mit denen dieser Sozialabbau in den Ämtern durchgesetzt wird, bewegen sich dabei zunehmend am Rande der Legalität.

So hat die Leitung eines großen Arbeitsamtes kürzlich die Beschäftigten verpflichtet, 1.300 Sperrzeiten in diesem Jahr zu „erwirtschaften“. Diese Vorgabe wird auf jede/n Sachbearbeiter/in „heruntergebrochen“, so dass alle Beschäftigten des Arbeitsamtes wissen, wie viele „Sperrzeiten“ sie erwirtschaften sollen. „Zur Erreichung dieses Ziels werden seitens der BA-Führung willkürliche Urlaubssperren für Arbeitslose empfohlen, zusätzliche Meldekontrollen mit dem einzigen Ziel, bei Nichterscheinen der

Arbeitslosen eine Sperrzeit zu verhängen“, schildern Mitglieder der Gewerkschaft ver.di. „Jede mögliche und unmögliche Gelegenheit zur Verhängung einer Sperrzeit wird genutzt.“ Ein neues Unwort hat die Bundesanstalt für diese Sitten auch schon: „Verfolgungsbetreuung“.

Aus einer Arbeitsverwaltung, eingerichtet, um Beschäftigte für den Fall von Arbeitslosigkeit vor sozialer Not zu bewahren, wird eine Anstalt zur Bekämpfung von Arbeitslosen, zur gezielten Herbeiführung von sozialer Not.

Hier ein anderes Beispiel für die neuen Sitten beim Arbeitsamt, aus der Praxis einer Berliner Beratungsstelle für Arbeitslose. Ein Elektriker kommt vorbei. Ihm hatte das Amt vor Monaten eine neue Arbeitsstelle angeboten, bei einer Bau-firma. Anruf und Vorstellung bei der Firma brachten kein Ergebnis. Die Firma konnte sich nicht entscheiden. Das teilte er auch dem Amt mit, rief aber trotzdem weiter bei der Firma an, um vielleicht doch einen Job zu bekommen. Bis die Firma ihn eine Woche lang auf einer Baustelle arbeiten ließ, „auf Probe“ und gegen niedrigen Tagelohn. Danach wurde er trotzdem nicht eingestellt.

Nun will das Arbeitsamt sowohl die Arbeitslosenhilfe zurück und obendrein noch ein Bußgeld von über 200 Euro. Wegen angeblich „mutwilliger Täuschung“ des Amts.

Andere Beispiele für den neuen Einfallsreichtum der Arbeitsämter ist der Umgang mit Weiterbildungsmaßnahmen und SAM- bzw. ABM-Stellen. Seit kurzem werden Weiterbildungsmaßnahmen nur noch bewilligt, wenn 70% der Teilnehmer/innen nachher Aussicht auf einen Job haben. Was sich scheinbar „erfolgsorientiert“ anhört, stellt in Wirklichkeit den Grundgedanken jeder Solidarversicherung auf den Kopf. Denn vor allem unqualifizierte und schwer vermittelbare Arbeitslose benötigen solche Weiterbildungsmaßnahmen. Genau ihnen aber wird mit der neuen „Erfolgsquote“ der Zugang zu solchen Maßnahmen abgeschnitten.

Die Statistik der Bundesanstalt zudem weist aus: Nur im Westen lag die „Vermittlungsquote“ nach Weiterbildungen im letzten Jahr knapp bei 70 Prozent – im Osten dagegen nur bei ca. 50 Prozent. Im Osten – auch in Berlin, wo die „Vermittlungsquote“ im letzten Jahr nur bei 55 Prozent lag – werden deshalb auch in letzter Zeit fast keine Weiterbildungen mehr genehmigt. Im rot-rot regierten Mecklenburg-Vorpommern lag die Zahl der Weiterbildungsmaßnahmen im Februar 2003 bereits um 27,3% unter der von Februar 2002. Auch in Brandenburg (minus 20,8%), Sachsen-Anhalt (minus

17,6%) und Berlin (minus 17,3%) war die Zahl der Weiterbildungen scharf rückläufig. Im gesamten Bundesgebiet wurden im Februar nur noch 286.669 Personen in Weiterbildung gezählt – fast 40.000 weniger als ein Jahr davor.

Mit der faktischen Aufhebung von Weiterbildungsmöglichkeiten einher geht die Ruinierung der Träger. Etwa 30.000 Betriebe in diesem Bereich mit etwa 80.000 bis 100.000 Beschäftigten stehen vor dem Ruin.

Nicht besser sieht es bei den ABM- und SAM-Maßnahmen aus. Hier sank die Zahl der Beschäftigten von Februar 2002 auf Februar 2003 um 18,1 Prozent, von 123.000 auf knapp 100.000. Spitzenreiter beim Abbau ist auch hier das rot-rot regierte Mecklenburg-Vorpommern (minus 35,1 Prozent).



In Berlin haben sich die Leitungen der Arbeitsämter einen besonderen Trick ausgedacht. Sie bewilligen neuerdings ABM- und SAM-Stellen nur noch für ein halbes Jahr (bisher: 2 bzw. 3 Jahre). Die Folge: Beschäftigte erwerben während ihres ABM- oder SAM-Jobs keinen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld (dazu wären 12 Monate erforderlich), und vor allem: viele ABM- und SAM-Stellen sind bei solchen Fristen schlicht nicht mehr machbar. Betreuungen von Kindern und Alten zum Beispiel sind unzumutbar, wenn der Betreuer oder die Betreuerin alle sechs Monate wechselt – und womöglich noch eingearbeitet werden muss. Also werden in Berlin – und sicher nicht nur da – viele SAM- und ABM-Stellen wegen der neuen Vorschrift schlicht wegfallen.

Dies alles vollzieht sich vor dem Hintergrund einer ständig neue Rekorde erreichenden Arbeitslosigkeit. In Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein wurden im Februar 2003 die höchsten Arbeitslosenzahlen seit 1945 gezählt. Den prozentual stärksten Anstieg der Arbeitslosigkeit meldeten übrigens die Länder mit der bisher niedrigsten Arbeitslosigkeit: Bayern (plus 24,1%), Baden-Württemberg (plus 22,6%), und Hessen (plus 16,0%). Der „reiche Süden“ holt auf ...

Menschenrechtsverletzungen im Schatten des Krieges

Amnesty International hat in einem Bericht vom 31. März auf gravierende Menschen- und Bürgerrechtsverletzungen in zahlreichen Ländern im Schatten des Irak-Krieges hingewiesen. Der Bericht führt unter der Rubrik **Unterdrückung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit** auf: *Belgien* – seit Anfang März wurden 450 Kriegsgegner in Administrativ-Haft genommen, eine Art Vorbeugehaft für 12 Stunden. Unter anderem die Teilnehmer einer Anti-Kriegsversammlung im Dorf Melsele am 1. März, die über Aktionen zum Stopp der Militärtransporte berieten, geschlossen festgenommen. In *Ägypten* wurden seit 20. März Hunderte, darunter Journalisten, Rechtsanwälte, Parlamentsmitglieder, festgenommen und zum Teil gefoltert. Viele sind nach wie vor inhaftiert. Aus *Jordanien* wird die Verhaftung mehrerer bekannter Antikriegs-Aktivisten berichtet, die seither in totaler Isolationshaft sind. Die *Türkei* hat ai zufolge die Versammlungs- und Organisationsfreiheit drastisch eingeschränkt, um Aktionen gegen den Krieg und kriegskritische Berichterstattung einschränken zu können. In *Großbritannien* wurde in einigen Regionen das Terrorismus-Gesetz in Kraft gesetzt, das es der Polizei erlaubt, Menschen ohne jeden Verdachtgrund anhalten und durchsuchen zu können. Das wird praktiziert. Auch wurden Busse mit Friedensaktivisten auf dem Weg zur US-Luftwaffenbasis angehalten und zur Rückkehr unter Polizeieskorte gezwungen. In den *USA* sind seit Kriegsbeginn Tausende Antikriegs-Demonstranten festgenommen worden, mehr als 2000 allein in San Francisco, über 500 in Chicago.

Exzessive Polizeigewalt stellte ai u.a. in *Ägypten* fest, wo Polizeiangriffe mit Wasserwerfern, Hunden und schwerem Gerät Dutzende Kriegsgegner schwer und Hunderte leicht verletzten. Im *Sudan* und im *Jemen* wurden jeweils drei Menschen bei Zusammenstößen von der Polizei getötet. In der *Türkei* griff Aufrührpolizei in mehreren Städten Antikriegsdemonstrationen an und verletzte viele. In *Spanien* verletzte eine entfesselte Polizei mindestens 178 Menschen, darunter einige sehr schwer, nachdem sie Massendemonstrationen, vor allem in Madrid, völlig unprovokiert angriff. Auch in *Griechenland* kam es wiederholt zu Polizeiübergriffen, unter anderem schlug Aufrührpolizei nach einer Demonstration gezielt auf eine Gruppe irakischer Migranten ein. Aus *Deutschland* führt der ai-Bericht den Einsatz Hamburger Polizei gegen eine große Schülerdemonstration an, bei dem viele Schüler verletzt und über 100 in Gewahrsam bzw. festgenommen wurden.

Nicht zuletzt sorgt sich Amnesty

rül



International über die **Einschränkung des Asylrechts** in einer wachsenden Zahl von Ländern. In den USA haben seit 17. März die Einwanderungsbehörden im Rahmen der „Operation Schutzschild der Freiheit“ freie Hand, Asylsuchende aus dem Irak und weiteren 33 Ländern, die in die USA einreisen, unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ zu verhaften und für zunächst sechs Monate zu inhaftieren. Andere Länder, darunter *Dänemark, Norwegen, Schweden* und *Großbritannien*, haben die Entscheidung über Asylanträge von Irakern eingefroren.

Türkei weiter in Wartestellung

Nach der Öffnung des Luftraums für Angriffe auf den Norden des Irak und für die schweren B52-Bomber, die von Großbritannien aus gen Bagdad starten, sowie angesichts des gemeinsamen Vordringens der kurdischen Einheiten und der nur ca. 3.000 amerikanischen Elitesoldaten auf Kirkuk und Mossul fanden neue Gespräche zwischen den USA und der Türkei statt. Ohne das Parlament in der Türkei, das eine US-Truppenstationierung abgelehnt hatte, neu bemühen zu müssen, fanden beide Seiten einen neuen Weg für die dringenden Nachschubprobleme der US-Armee: „humanitäre Hilfe“. Seither rollen sie wieder, die Kovois in den Nordirak. Aber anstatt humanitärer Güter transportieren die zivilen LKW's unter ihren Planen das in der Türkei entladene Militärmaterial – von Verpflegung, Ersatzteilen, Munition über Geländefahrzeuge, Geschützen bis zu leichten Panzern. Diese Zusage erkaufte sich die türkische Regierung für mehr als eine Milliarde Dollar von den USA. Dafür sollen aber auch die 10-20.000 türkischen Soldaten, die einen 20 km Streifen in den Irak hinein besetzt haben und die mittlerweile auf 40.000 Mann aufgestockten türkischen Militäreinheiten an der

Grenze zum Irak nicht vorstoßen dürfen.

Die türkischen Militärs und die Regierung haben mehrere Szenarien entworfen, die eine sofortige türkische Invasion in den Nordirak auslösen würden: Eine Flüchtlingswelle wie nach dem Golfkrieg 1991, ein Terroranschlag auf die Türkei, eine Besetzung der Ölregion Kirkuks durch kurdische Einheiten oder die Bildung eines kurdischen Staates.

Daher sind die Misstöne in dem Verhältnis USA-Türkei nicht ganz verschwunden. Der Krieg gegen den Irak hat sich auch durch das Ausbleiben einer wirkungsvollen Nordfront hinausgezögert und die US-Pläne über den Haufen geschmissen. Die türkische Ablehnung hat bewirkt, dass anstatt mehreren zehntausend Soldaten nun etwa 3.000 im Norden des Irak operieren, die jetzt die kurdischen Einheiten von KDP und PUK als Stoßtrupp einsetzen. Die kurdischen Einheiten stehen nun kurz vor den strategisch wichtigen Ölstädten Kirkuk und Mossul.

Die USA sahen sich genötigt, weiter mit den kurdischen Organisationen und der Türkei über Stillhalteabkommen zumindest für die Dauer der Kämpfe zu verhandeln. Die Formulierung lautet nach dem Besuch Außenministers Powells in Ankara: Die USA erkennen die „legitimen Interessen“ der Türkei in der Region an und verbürgen sich dafür, dass diese nicht durch die Kurden verletzt würden. Nach türkischen Presseberich-

ten habe Powell mündlich zugesichert, dass die USA verhindern wollten, dass kurdische Einheiten nach Mossul und Kirkuk einrücken. Wie das aber bei dem bisherigen Kriegsverlauf im Norden verhindert werden soll, weiß wahrscheinlich Powell auch nicht.

Wie lange solche Vereinbarungen halten und ob nicht doch ein Interesse der USA an einer Invasion der Türkei in den Nordirak für den Aufbau einer Nachkriegsordnung besteht, bleibt weiter unklar. Nahrung erhält dieses Gerücht durch die Bildung eines politischen und militärischen Koordinationskomitees von USA und Türkei in Ankara. Letztere geht zudem auch diplomatisch in Stellung: In den letzten Tagen wurden mit Syrien und Iran Vereinbarungen gegen einen drohenden Kurdenstaat getroffen.

Wie es scheint, sind die Kurden wieder der Spielball. Es ist bisher nicht zu sehen, dass sie einen größeren Handlungsspielraum im Nordirak gewinnen, derzeit sind sie nur der vorgeschobene Stoßtrupp der US-Militärmaschine. In Erbil demonstrierten auf jeden Fall Tausende gegen eine drohende Invasion der Türkei.

rub

„Ungarn profitiert von Irak-Krieg“,

lautet eine Schlagzeile der Budapester Zeitung online. Ungarn erhält im Rahmen eines Hilfs- und Darlehensprogramms der USA für ostmitteleuropäische Bündnispartner 15 Mio. Dollar. Die Regierung versichert, von der Hilfe bisher nichts gewusst zu haben, und befürchtet, wie das Außenministerium verlauten lässt, in eine „peinliche Situation“ zu kommen, da die „Hilfe“ als Belohnung für die Unterstützung im Irak-Krieg angesehen werden könne. 92% der Bevölkerung in Ungarn sind Meinungsumfragen zufolge gegen den Krieg und seine Unterstützung durch Ungarn.

Schweiz: Arbeitslose werden ausgesteuert

Das revidierte Arbeitslosenversicherungsgesetz wird vermutlich am 1. Juli in Kraft treten; darüber wird jedoch der Bundesrat erst im Juni entscheiden. Das revidierte Gesetz sieht die Kürzung der Zeit, in der Arbeitslosengeld ausgezahlt wird, von 520 auf 400 Tage vor. Sein Inkrafttreten bedeutet nach Angaben des Komitees „Die Arbeitslosigkeit, nicht die Arbeitslosen bekämpfen“, dass 14.800 Menschen ausgesteuert werden und der Fürsorge anheimfallen. Während das Arbeitslosengeld 70 bis 80% des letzten Gehalts beträgt, berechnen die Fürsorgeämter die Lebenshaltungskosten der betroffenen Personen und Familien und erkennen dabei nur das Minimum an. Die Lage der Ausgesteuerten wird sich deshalb, so befürchten auch die Gewerkschaften, drastisch verschlechtern.

Zusammenstellung: scc



BERLIN. Auch in den vergangenen 14 Tagen fanden in zahlreichen Groß- und Kleinstädten wieder Antikriegs-Demonstrationen mit wachsender Beteiligung und einige Blockade-Aktionen statt. Die Achse des Friedens und der Bundesausschuss Friedensratschlag rufen für den 12. April zur Unterstützung des weltweiten Aktionstags auf. Bei dieser Großdemonstration in Berlin und den dezentralen landesweiten Aktionen sollen auch Unterschriften unter folgenden Appell gesammelt werden. „Wir verlangen von der Bundesregierung, den Krieg als völkerrechtswidrige Aggression eindeutig zu verurteilen und sich aktiv für eine Resolution der UN-Generalversammlung einzusetzen, in der die Angreifer zum Rückzug aufgefordert werden und anderen Staaten jegliche direkte und indirekte Unterstützung des Krieges untersagt wird. Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich jede Kriegsunterstützung zu beenden und sofort folgende Maßnahmen zu ergreifen: • Den britischen und US-Militärflugzeuge werden keine Überflugrechte gewährt. • Britische und US-Militärtransporte aus und nach Deutschland werden untersagt.“ www.uni-kassel.de/fb10/frieden. – Bilder aus Berlin/Düsseldorf (29.3.): www.arbeiterfotografie.com



Stop the war! Fight fascism! Nazis? – No way!

HEIDELBERG. Am Samstag, den 19. April 2003, wollen Neonazis in Heidelberg unter dem Motto „Amis raus – Freiheit rein!“ gegen den Krieg im Irak demonstrieren. Aufgerufen wird zu dem Aufmarsch über die Internet-Präsenzen der „Karlsruher Kameradschaft“, des „Aktionsbüros Norddeutschland“ und der NPD. Die Neonazis wollen „direkt vor der Haustür der Besatzer“ ihren Protest „gegen die weltweite Unterdrückungspolitik der USA“ auf die Straße tragen.

Bereits in den Jahren 1998 und 2001 versuchten Neonazis, in Heidelberg Demonstrationen durchzuführen – damals zum 100. Todestag von Bismarck bzw. gegen Globalisierung. Beide Male konnten sie durch starke antifaschistische Präsenz und Aktionen daran gehindert werden. Nun wagen sie es erneut. Die antifaschistische Initiative Heidelberg schreibt dazu: „Bei all diesen Auftritten ging und geht es den rechtsextremen Ideologen und AktivistInnen weder um die Wahrung des Völkerrechts noch um eine klare Positionierung gegen den Krieg. Es geht Kameradschaften, NPD und Konsorten einzig und allein um die Solidarität mit dem Irak – und das aus nur einem Grund: als klare Positionierung gegen Israel und die USA. Mit den „Hintermächten“ der USA wurde erneut das konstruierte Feindbild „jüdische Weltverschwörung“ von den Antisemiten herausgekratzt, und dieses wird unverblümt auf Anti-Kriegs-Demonstrationen spazieren getragen. Möglich wird dies vor allem durch die fehlende konkrete inhaltliche Positionierung der Anti-Kriegs-Aktionen; diese gehen nämlich meist nicht über ein diffuses „Gegen Krieg – für Frieden“ – aus welchen Gründen auch

immer – hinaus. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich neofaschistische AktivistInnen an den Aktionen zu beteiligen versuchen – eine Unterwanderungsstrategie, die Nazis bereits gegenüber der globalisierungskritischen Bewegung anwenden wollten. In den vergangenen Wochen reagierten die „Friedensbewegten“ aus Unachtsamkeit oder Unwissenheit oftmals nicht oder nur sehr zögerlich auf diese Aktivitäten des rechten Lagers.

Lassen wir nicht zu, dass Neonazis Anti-Kriegs-Demos instrumentalisieren, denn mit FaschistInnen ist Frieden nicht zu machen – das hat die Vergangenheit schließlich ausdrücklich bewiesen.

Kommt deshalb alle und zeigt den Nazis, dass sie auf Anti-Kriegs-Aktionen nichts verloren haben! Zeigen wir ihnen, wem die Straße gehört! Nazi-Aufmarsch verhindern! Zusammen gegen Krieg und Faschismus!“ 19.4.2003, Treffpunkt 11.30 Stadtbücherei Heidelberg.

www.autonomes-zentrum.org/ai

Antirassistischer Einkauf – Kritik am Chipkartensystem für Flüchtlinge

BERLIN. Am 11. April wird die Berliner Initiative gegen das Chipkartensystem

wieder einen antirassistischen Einkauf durchführen, 16–18 Uhr vor dem Bolle-Markt, Potsdamerstr. 128. Aus dem Aufruf: „Das Chipkartensystem fällt, doch die letzten konservativen Bastionen der Stadt wehren sich mit allen Mitteln! Die Bezirke Spandau und Reinickendorf sind weiterhin entschlossen, als die letzten und einzigen Bezirke das rassistische Kontroll- und Disziplinierungsinstrument – die Chipkarte der Firma SODEX-HO – gegen unliebsame Flüchtlinge einzusetzen. Mitte entschloss sich erst letzte Woche, den Vertrag zu kündigen und zahlt ab sofort nur noch Bargeld aus. In Tempelhof/Schöneberg wurde zwar gegen die regierende CDU beschlossen, das Chipkartensystem zum 31.8.03 zu kündigen, doch hat der zuständige CDU Sozialsenator Krömer wiederholt in der Presse sowohl seine inhaltliche Unterstützung des Chipkartensystem bekundet als auch immer wieder angekündigt, trotz anderer Beschlusslage den Vertrag einfach nicht zu kündigen. Das lassen wir uns nicht bieten und rufen deshalb alle dazu auf, gemeinsam mit betroffenen Flüchtlingen gegen die Regierung in dem Bezirk Tempelhof/Schöneberg zu protestieren.“ <http://members.partisan.net/net/chipkartenini/>



Kundgebung gegen Übergriffe im Ausländeramt in Ludwigshafen

LUDWIGSHAFEN. Am Donnerstag, den 3. April, fanden in Ludwigshafen zwei Kundgebungen des Bündnisses gegen Abschiebungen statt. Die erste wurde um 17 Uhr vor dem Ausländeramt in der Marienstraße abgehalten, die zweite um 19 Uhr vor dem Rathauscenter. Es beteiligten sich jeweils zwischen 30 und 40 Menschen. Die vorwiegend kurdischen DemonstrantInnen kritisierten die Schika-

nen gegenüber Flüchtlingen auf dem Ausländeramt. Außerdem wurde ein allgemeines Bleiberecht gefordert.

Anlass für die Kundgebungen war ein Vorfall in der vergangenen Woche. Nach Angaben des Bündnisses gegen Abschiebungen, versuchte ein Sachbearbeiter des Amtes einen kurdischen Flüchtling, einen Übersetzer und einen deutschen Begleiter aus der Amtsstube zu werfen. Dabei versetzte er dem Flüchtling zwei Faustschläge. Nach dem Vorfall verließen die Angegriffenen das Amt.

Hintergrund der Sache ist eine fragwürdige, in Ludwigshafen betriebene Praxis: Asylbewerber werden unter einem anderen Grund aufs Amt bestellt. Dort lässt man sie dann warten, während parallel dazu die Polizei gerufen wird. Diese überführt dann den Flüchtling sofort in Abschiebehaft. Dies wurde allerdings bis jetzt noch nie durchgeführt, wenn deutsche Begleiter dabei waren.

Unter Umständen hatte der Sachbearbeiter vor, den kurdischen Flüchtling ebenfalls in Abschiebehaft überführen zu lassen. Dieses Vorhaben wurde durch den deutschen Begleiter verhindert.

www.juz-mannheim.de

Im Schatten des Irak-Krieges Abschiebung von Kosovo-Flüchtlingen

KIEL. In einem sog. Memorandum of Understanding haben Bundesinnenminister Otto Schily und der UN-Sonderbeauftragte Michael Steiner sich am 31. März auf einen Modus zur systematischen Abschiebung von Minderheiten aus dem Kosovo geeinigt. Der Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein kritisiert, dass sich Otto Schily offenbar im Schatten des Irak-Krieges gegen bis dato bestehende, mit unveränderter Gefährdungslage begründete Vorbehalte der UN-Verwaltung (UNMIK) im Kosovo durchgesetzt hat. Noch im Januar hatte das UNHCR gemahnt, dass angesichts der für Angehörige von Minderheitengruppen weiterhin im Kosovo bestehenden sozialen Defizite und Gewaltbedingungen „eine sichere und dauerhafte Rückkehr in Würde... nur auf einer freiwilligen Grundlage und nur sehr langsam stattfinden“ könne. Von würdevoller Langsamkeit ist längst nicht mehr die Rede. Schon ab April 2003 sollen mit Zustimmung der UNMIK zunächst 150 und ab Sommer monatlich 100 Angehörige der türkischen, bosniakischen, goranischen, ashkalischen und ägyptischen Volksgruppen sowie Torbesh in das Kosovo abgeschoben werden. Im laufenden Jahr sollen so ca. 1.000 Abschiebungen durchgeführt werden. Gleiches droht mit zunehmender Dynamik künftig allen 33.000 derzeit noch geduldet in Deutschland lebenden Kosovo-Flüchtlingen, die Minderheitengruppen angehören. Immerhin nimmt das Memorandum of Understanding Serben und Roma von der geplanten Abschiebungsmaschinerie aus – allerdings zunächst nur für das laufende Jahr. *www.frsh.de*

Rückmeldegebühr für Studierende in Bad.-Württ. verfassungswidrig

STUTTGART. Das Bundesverfassungsgericht Karlsruhe hat am 19. März 2003 die 1997 vom Land Baden-Württemberg eingeführten Rückmeldegebühren für verfassungswidrig erklärt. Die Richter begründeten – wie schon im Jahre 1998 der Verwaltungsgerichtshof Mannheim – ihre Entscheidung mit der fehlenden Verhältnismäßigkeit zwischen Rückmeldeaufwand und der erhobenen Gebühr. Jesko Splittgerber, Sprecher der LandesAStA-Konferenz Baden-Württemberg, zeigt sich mit dem Karlsruher Urteil zufrieden: „Die Landesregierung ist mit ihren Plänen, die Resultate der verfehlten Haushaltspolitik den Studierenden aufzubürden, gescheitert.“ Die Karlsruher Richter bezogen ihre Entscheidung explizit auf den Zeitraum ab 1997. Die in drei Semestern von baden-württembergischen Studierenden gezahlten Gebühren entbehren somit jeglicher Rechtsgrundlage. Für die Studierenden bedeutet dies, dass ein Erstattungsanspruch wegen ungerechtfertigter Bereicherung des Landes geltend gemacht werden kann. „Damit steht die Landesregierung mit mehreren Millionen Euro bei den Studierenden in der Kreide,“ stellt Splittgerber klar. Diejenigen Studierenden, die bis zum 31. Dezember 2000 mit einem Antrag auf Rückerstattung der Gebühren die geltende Verjährungsfrist unterbrochen haben, dürfen sich auf eine Überweisung des damals zu Unrecht gezahlten Betrages freuen.

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) und die ASten in Baden-Württemberg rufen die StudentInnen dazu auf, ihre Gebühren zurück zu fordern.

www.abs-bawue.de

Neue Studiengebührenpläne für Hamburg

HAMBURG. Am 27. März 2003 hat der Hamburger Wissenschafts- und Forschungssenator Jörg Dräger im Rahmen des „Zukunftskongresses“ an der TU München seine Pläne zur Einführung von Studiengebühren in Hamburg vorgestellt. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) sowie zahlreiche Hamburger ASten und Gewerkschaften kündigten daraufhin sofort Proteste an. Damit wird nach NRW und Baden-Württemberg das dritte Landesbüro des ABS in Hamburg eine Kampagne für den freien Zugang zum Bildungssystem starten. „Studiengebühren fördern ein entsolidarisierendes, individualisiertes Bildungsverhalten und verstärken die gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit des Wissenschaftssystems. So genannte bildungsferne Mi-

lieus werden noch stärker von weiterführender Bildung abgeschreckt und Frauen diskriminiert. Diesem Modell setzen wir ein Recht auf Bildung entgegen und fordern eine Öffnung der Hochschulen für alle Bevölkerungsschichten.“

www.gute-bildung.de

Sauberkeit statt Meinungsfreiheit

MANNHEIM. Die Aktion „Unser Wohnzimmer soll größer werden“ fand am 29. März gegenüber dem Marktplatz in Mannheim statt. Das Bild unten zeigt hinter den Transparenten junge Menschen, die auf Plastiksesseln auf einem Teppich, getreu dem Motto, „im Wohnzimmer“ sitzen. Was sich wie ein verführerischer Aprilscherz anhört, ist trotzdem wahr: Den Leuten wurde das Flugblattverteilen verboten, da mögliche geworfene Flugblätter für Müll und Dreck auf den Straßen sorgen würden. Die anwesende Polizei und ein Vertreter des Ordnungsamtes überwachten die Einhaltung des Verbots. Die Gruppe WGDS – Wem gehört die Stadt? teilt dazu mit: „Die vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten der Innenstadt werden so durch die Stadt immer weiter auf eine einzige Möglichkeit verengt: Konsumieren. Von welchem Geist die Bemühungen der Stadt getragen sind, wurde bei unserer Aktion nur zu deutlich. Uns wurde untersagt, Flugblätter zu verteilen



mit der Begründung, geworfene Flugblätter würden die Stadt verunreinigen. So wird beim Reinigen der Stadt nicht nur der öffentliche Raum, sondern gleich noch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung mit „entsorgt“. Bei der zeitgleich stattfindenden „Saubereitsparade“ der Stadt hingegen wurden Flugblätter in großen Mengen verteilt. Dies lässt nur den Schluss zu, dass die Stadt jedes Mittel nutzt, unliebsame Kritik zu unterdrücken und dass „Saubereitsparade“, wie die Stadt sie versteht, nicht nur die Abwesenheit von Unrat meint.“

WGDS Mannheim, *www.stattweb.de*

Arbeitsmarktpolitik 1:

Einstimmige Entschließung des Verwaltungsausschusses Arbeitsamt Göttingen zur Förderung benachteiligter Personengruppen

GÖTTINGEN. In seiner Sitzung am 26.03.2003 hat der Verwaltungsausschuss des Göttinger Arbeitsamtes einen einstimmigen Beschluss zur Arbeitsmarktpolitik gefasst, teilt der alternierende Ausschussvorsitzende Sebastian Wertmüller mit. Der Verwaltungsausschuss setzt sich drittelparitätisch aus den Gruppen der Arbeitgeber, der Kommunen und der Arbeitnehmer zusammen und ist für den gesamten Arbeitsamtsbezirk Göttingen (Landkreise Göttingen, Northeim und Osterode) zuständig. Wertmüller verbindet mit dieser Einmütigkeit die Hoffnung, dass sich bisherige Fehlentwicklungen in der Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt noch korrigieren lassen, bevor noch mehr benachteiligte Personengruppen von Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen ausgeschlossen werden.

„Entschließung

Der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamtes Göttingen hat sich in seiner Sondersitzung am 26. März 2003 mit der Situation der aktiven Arbeitsmarktpoli-

Gegen die Zerschlagung der aktiven Arbeitsmarktpolitik! Kundgebung vor dem Göttinger Arbeitsamt am 28.03.2003 gegen die Zerschlagung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. 300–400 TeilnehmerInnen folgten dem Aufruf von DGB, Netzwerk Lernende Region, Schulleiternräten, Wohlfahrtsverbänden und anderen. Eltern, Erzieherinnen, LehrerInnen, GewerkschafterInnen, Betroffene, alle waren dabei. Gesprochen haben u.a. Sally Wenger für den Schulleiternrat der Schule am Tannenberg, Sebastian Wertmüller für den DGB und Her-



mann Engster vom Betriebsrat der Volkshochschule für die Beschäftigten in der Weiterbildung und Qualifizierung. Bericht und Bilder: www.dgb-suedniedersachsen-harz.de

tik und ihren Folgen für Maßnahmeteilnehmer/innen und Maßnahmenträger befasst. In diesem Zusammenhang stellt der Verwaltungsausschuss fest, dass aufgrund der aktuellen Änderungen in der Geschäftspolitik der Bundesanstalt für Arbeit und der Finanzierung von Maßnahmen die Gefahr besteht, dass bisher geförderte Zielgruppen im Laufe des Jahres aus den arbeitsmarktorientierten Massnahmen herausfallen:

Besonders davon betroffen sind:

- Behinderte und benachteiligte junge Menschen, die nach Beendigung der Schulpflicht bisher in Berufsbildungswerken oder in überbetrieblichen Ausbildungsstätten eine Berufsausbildung erhielten.

- Rehabilitanden, die in Berufsorientierungsmassnahmen geschult wurden.
- Berufsrückkehrerinnen, Migranten/innen und Langzeitarbeitslose, die bislang in Projekten des Europäischen Sozialfonds qualifiziert wurden.
- Junge Menschen in diversen Berufsorientierungsmaßnahmen (BBE), deren Start mangels Haushaltsmitteln im Sommer/Herbst 2003 stark gefährdet ist.
- Langzeitarbeitslose, die über ABM oder SAM beruflich integriert wurden.

Es besteht insbesondere die Gefahr, dass vor allem junge Menschen mit Unterstützungsbedarf in Richtung auf den ersten Arbeitsmarkt aus den Förderungen herausfallen.

Vielen der betroffenen Jugendlichen

Arbeitsmarktpolitik 2:

Schweinfurter Erwerbslose an der Seite der DGB-Gewerkschaften

Der ver.di-Bezirkserwerbslosenausschuss und die Schweinfurter Arbeitsloseninitiative SALI rufen auf, gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften gegen den weiteren Abbau des Sozialstaats vorzugehen. Am 1. Mai werden die Erwerbslosen mit einem Informationsstand vertreten sein sowie im Mai/Juni mit DGB und Einzelgewerkschaften gemeinsame Aktionen gegen Ausweitung der Leiharbeit und Abschaffung der Arbeitslosenhilfe bzw. Kürzung des Arbeitslosengeldes durchführen. Die Presseerklärung des Bundesweiten Runden Tisches der Erwerbslosen- u. Sozialhilfeorganisationen vom 15.03.03 zur Schröder-Rede, die – z.B. – von den Schweinfurter Erwerbslosenorganisationen unterstützt wird:

Schröder führt Krieg nach innen – Die Rede, die Bundeskanzler Schröder vergangenen Freitag im Bundestag gehalten hat, bestätigt, was im Vorfeld über sie an die Öffentlichkeit gelangte: Der Kanzler hat nun auch offiziell die Abkehr vom bisherigen Sozialsystem, insbesondere durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, verkündet. Er hat zugeben, dass die Regierung trotz der Aberkennung des Rechts auf Leistungsbezug für mehrere hunderttausend Langzeitarbeitslose sich nach wie vor keine Mittel an die Hand

gibt, um ihnen einen Arbeitsplatz zu bieten. Er hat wiederholt, dass die Regierung keine Maßnahmen ergreifen wird, um die Wirtschaft zu zwingen, betriebliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Stattdessen stellte er Jugendlichen in Aussicht, durch den „Abbau von Bürokratie“, sprich die Durchlöcherung des Jugendarbeitsschutzes, und durch Ausweitung prekärer („flexibler“) Beschäftigung ihren Ausbeutungsgrad zu erhöhen und ihnen die Aussicht auf eine qualifizierte Beschäftigung und eine planbare Zukunft zu verweigern.

Der Kanzler hat die hohen Lohnnebenkosten für die anhaltende Erwerbslosigkeit verantwortlich gemacht. Es verhält sich umgekehrt: Die anhaltende Massenerwerbslosigkeit senkt die Zahl der Beitragszahlenden und lastet auf den Sozialkassen. 20 Jahre lang hat die Politik die Kosten dafür den Erwerbslosen und abhängig Beschäftigten aufgebürdet. Immer wieder hat sie versprochen, dadurch die Arbeitslosigkeit zu senken. Dieser Ansatz ist sichtbar gescheitert; Auch Riesters JobAktiv-Gesetz und die Verschärfung der Zumutbarkeiten haben nicht verhindert, dass die Arbeitslosenzahlen in diesem Jahr bald fünf Millionen erreicht haben; und auch die Durchsetzung der Leiharbeit als „Normalarbeitsform“ und die Abdrängung von Erwerbslosen in Ich-AGs wird, das sagen alle bisherigen Berechnungen, keine Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bringen.

Dieser vernichtenden Bilanz seiner

bisherigen Regierungstätigkeit hat sich der Kanzler mit keinem Wort gestellt. Stattdessen verkündete er die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe als „Chance für die, die arbeiten können und wollen“. 1,2 Millionen Menschen werden dadurch aus dem Leistungsbezug gedrängt; sie sollen künftig gar nichts mehr erhalten – weder Arbeitslosenhilfe, noch Sozialhilfe. Das Risiko der Erwerbslosigkeit wird für sie vollständig privatisiert; und zu dem Einkommensverlust kommt noch hinzu, dass sie nun auch den Anspruch auf Kranken- und Rentenversicherung verlieren.

„Vor allem bei der Arbeitslosenhilfe nehmen wir den Leuten richtig Geld weg“, hat Hans Eichel im vergangenen Jahr versprochen – nämlich 2 Mrd. Euro.

Die Kanzler-Rede ist eine Kriegserklärung nach innen!

Jeder dritte Arbeitslosenhaushalt lebt heute schon unter der Armutsgrenze; setzt die Regierung ihre Pläne durch, wird diese Zahl massiv in die Höhe schnellen. Der Bundeskanzler hat in seiner Rede eine Gesellschaft beschworen, in der nicht „das Gesetz des Dschungels“ herrscht, sondern „selbstbewusste Arbeitnehmer“ Tüchtiges leisten. Er tut sein Bestes, diese Gesellschaft abzuschaffen. Auch diese Bundesregierung belohnt stattdessen die leistungslosen Vermögenden, die in den letzten zehn Jahren auf 205 Mrd. Euro gestiegen sind. 205 Mrd. Euro, die weder durch eine Vermögenssteuer noch auf sonstige Weise herangezogen

wurden bereits Förderzusagen gemacht, die nun zurückgezogen wurden. Einige warten bereits seit einem Jahr auf einen Ausbildungsplatz. Sie sollen nicht in der Arbeits- und Chancenlosigkeit verbleiben!

Mit Blick auf steigende Arbeitslosenzahlen und eine zunehmende Zahl Jugendlicher ohne betriebliche Ausbildungsperspektive müssen wieder ausreichend Mittel für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden. Hier ist die Politik gefragt.

Die Bundesanstalt für Arbeit und das Göttinger Arbeitsamt werden aufgefordert, alles Erdenkliche zu tun, um das Ziel, jedem jungen Menschen ein Arbeits- oder Ausbildungsangebot zu unterbreiten, realisieren zu können und die sich aufzeigende Förderlücke zu schließen. Dabei sollte sich in erster Linie auf vorhandene und bewährte Strukturen gestützt werden, die unter Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten der geförderten Maßnahmenteilnehmer eine hohe Vermittlungsquote in den ersten Arbeitsmarkt erwarten lassen.

Gleiches gilt bezogen auf die übrigen Arbeits- und Qualifizierungsprojekte für Arbeitslose, die einer besonderen Unterstützung und Förderung bedürfen.“

Göttingen, 26.03.2003 (einstimmig beschlossen)
www.dgb-suedniedersachsen-harz.de

werden, Arbeitsplätze zu schaffen und den aus dem Erwerbsleben Ausgegrenzten reale Chancen für ihre volle Teilhabe an der Gesellschaft zu bieten. Stattdessen ist die Regierung stolz darauf, dass sie in Zeiten der Krise der Bundesanstalt für Arbeit den Bundeszuschuss von 5 Mrd. Euro streicht.

Und sie hat auch kein Problem damit, in den kommenden 15 Jahren 110 Mrd. Euro für Waffensysteme zu finden, die die Bundeswehr weltweit interventionsfähig und für Angriffskriege tauglich machen sollen.

Gegen den drohenden Bush-Krieg im Irak ist die Welt aufgestanden und hat die Kriegstreiber in große Schwierigkeiten gebracht. Wir brauchen einen Massenprotest ähnlicher Größenordnung, um den sozialen Krieg zu stoppen. Die Gewerkschaften, die von der Regierung eindeutig vor den Kopf gestoßen wurden, sollen sich an ihren italienischen und spanischen Kollegen ein Beispiel nehmen und nicht nur gegen den Krieg betriebliche Aktionen durchführen, sondern auch gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und die Aushöhlung des Kündigungsschutzes!

Die Erwerbslosen sind es leid, die Melkkuh der Nation zu sein. Gemeinsam mit den Anti-Hartz-Bündnissen und allen Erwerbslosenverbänden wird der Runde Tisch in den kommenden Wochen deshalb wieder zu Aktionen auf der Straße aufrufen.

In den alternativen Medien mehren sich scharfe Kritiken und Berichte über nachdrückliche Aktionen von Erwerbslosen oder im Sinne von Erwerbslosen. Die Dokumente 1 und 2 belegen, dass Gewerkschaftsbewegung und Erwerbsloseninitiativen politische Gemeinsamkeiten suchen. Die unter 3 zusammengestellten Berichte lassen hingegen befürchten, dass ein Teil der Erwerbslosen, besonders wohl jüngere im großstädtischen Milieu, die ganze Welt als ihren Feind ansieht. Kein Wunder, seit die Sozialdemokratie sich den Ansatz der aktivierenden Sozialpolitik zu eigen gemacht hat, und glaubt, dass Arbeitskraft, wenn sie nur billig genug angeboten wird, immer Käufer findet. Gegenwärtig erfahren Erwerbslosen massenhaft, wie falsch diese Ansicht ist. Da ist das schon mal die internationale Konjunktur. Wie billig muss sich ein Arbeitssuchender machen, um Verbrauchervertrauen in den USA zu wecken? Absurd. Abgesehen davon, gibt es dann noch die Strukturprobleme. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung hat so hochspezielle Anlagen geschaffen, dass die Einstellung der Arbeitskraft auf genau diese Anforderungen selber immer aufwändiger wird. Diese Gegebenheit erscheint bei den sog. Problemgruppen, sie betrifft aber längst das ganze weite Feld der Lohnarbeit. Wenn das Kapital im laufenden Betrieb nicht in der Lage ist, die Leute auszubilden, entstehen Kosten, die umgelegt werden müssen. Völlig sachwidrig und menschenunwürdig ist es hingegen, Leute, die wirtschaftlich an der Wand stehen und ohne Zugang zu den Produktionsmitteln auf keinen Fall die Fertigkeiten erwerben können, die man von ihnen verlangt, zu bedrängen. Der DGB gewinnt das Vertrauen der Erwerbslosen nur (zurück), wenn er Abstand von der SPD nimmt, oder noch besser, die SPD zu einer Analyse der ökonomischen wirkenden Faktoren nötigt.

Arbeitsmarktpolitik 3: „Für den Standort verzichten wir gerne?“

Ab 1. April sind die sogenannten Personal Service Agenturen (PSA) bundesweit eingeführt. Teils wird das Arbeitsamt selbst diese Funktion übernehmen, teils werden (so im Arbeitsamtsbezirk vertreten) schon bestehende Zeitarbeitsfirmen ihr Arbeitskräftereservoir mit untertariflich bezahlten Erwerbslosen auffüllen können. Dagegen riefen linke und (anarcho)-syndikalistische GewerkschafterInnen, Erwerbslosengruppen und andere in verschiedenen Städten zu einem Aktionstag auf, so in Frankfurt, Hamburg und Berlin.

Bericht aus Frankfurt/Main:

Im Kampf gegen staatliche Zwangsarbeit fanden in Frankfurt/Main am 1. April mehrere Aktionen statt.

Um 10 Uhr besuchten ca. 20 Mitglieder der Gewerkschaft F.A.U. die Niederlassung der Leiharbeitskette Team BS Betriebs-Service GmbH (Mitglied im Bundesverband Zeitarbeit BZA). Team BS Leiharbeit hatte sich beim Arbeitsamt Frankfurt, im Rahmen einer Ausschreibung, um die Zuweisung als Personal Service Agentur (PSA) beworben. Wir forderten die Leiharbeitsfirma BS Leiharbeit auf, ihre Bewerbung zurückzuziehen. Wir werten die Beteiligung an Personal-Service-Agenturen als eine Beteiligung an staatlicher Zwangsarbeit und werden sie mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpfen. Keinesfalls werden wir die von CGB und DGB ausgehandelten Dumping-Tarifverträge akzeptieren.

Gegen 11 Uhr besuchten etwa 30 Mitglieder des „Rhein-Main-Bündnisses ge-



Oben: BERLIN „Jubeldemo“ am 1.4.03. Bild: www.umbruch-bildarchiv.de Unten: FRANKFURT / MAIN: Aktion vor dem Arbeitsamt



gen die Umsetzung der Hartz-Pläne“ das Arbeitsamt Frankfurt in der Fischerfeldstraße. Vor der geplanten Auseinandersetzung mit dem Arbeitsamtsdirektor über verstärkte Meldeauflagen, Bewerbungskontrollen u.a. Schikanen, um eine möglichst hohe Zahl von Arbeitslosen aus dem Leistungsbezug zu drängen oder Sperrzeiten zu verhängen, wurde das Foyer des Arbeitsamtes für 1/2 Stunde besetzt und Informationsmaterial an alle Anwesenden verteilt.

Um 15 Uhr betraten ca. 15 Mitglieder der F.A.U. die Frankfurter Niederlassung der Dekra Arbeit GmbH, Mitglied in der Interessengemeinschaft Zeitarbeit (iGZ). Die Dekra Arbeit hatte sich ebenfalls beim Arbeitsamt Frankfurt, um die Zu-



weisung als Personal Service Agentur (PSA) beworben. Wir forderten auch die Dekra auf, ihre Bewerbung zurückzuziehen. Auch hier erklärten wir, dass wir die Beteiligung an Personal-Service-Agenturen als eine Beteiligung an staatlicher Zwangsarbeit werten und sie mit allen gewerkschaftlichen Mitteln bekämpfen werden. Für bevorstehende Auseinandersetzungen kündigten wir an, dass wir die von CGB und DGB ausgehandelten Dumping-Tarifverträge nicht akzeptieren. Sollte der Dachverband iGZ, dem die Dekra anscheinend angehört, einen Tarifvertrag unterhalb von „equal pay“ versuchen abzuschließen, kündigten wir weitere Maßnahmen an, die die Dekra, auch im Rahmen der „Hauptuntersuchungen“ (HU, „TÜV-Plakette“) betreffen werden.

www.fau.org

Bericht aus Hamburg:

40– 50 Leute fanden sich am 1. April gegen 9 Uhr am Arbeitsamt Mitte ein. Ein mittleres Polizeiaufgebot wartete bereits auf die TeilnehmerInnen. Nach kurzem Hick-hack konnte eine spontane Kundgebung angemeldet werden. Leider erlag der Generator der Altersschwäche und so mussten die Redebeiträge per Megaphon gehalten werden. Im Zentrum der Aktion stand die Kritik an Hartz und Leiharbeit, d.h. den sog. Personal-Service-Agenturen.

Ein Redebeitrag aus dem autonomen Spektrum kritisierte die Ausgrenzung, die durch Programme wie Hartz betrieben wird. Diese Formierung ziehe sich derzeit durch viele Bereiche in der Gesellschaft und wäre sowohl lokal als auch bundesweit spürbar. Ein Sprecher der Sozialpolitischen Opposition (Sopo) kritisierte vor allem das Ungleichgewicht zwischen der Höhe der Einzahlungen in die Arbeitslosenversicherung und den erhaltenen Leistungen. Bei dieser offenen Schere wäre es nur eine Frage der Zeit, bis die Arbeitslosenhilfe wie schon die Krankenversicherung oder Rente zum Nachteil ärmerer Bevölkerungsgruppen privatisiert würde. Die FAU kritisierte

schließlich scharf die Rolle der Gewerkschaften beim derzeitigen Sozialabbau.

Von allen wurde festgestellt, dass die Hartz-Reform lediglich der Schikanie der Erwerbslosen und der Säubung der Statistiken diene. Dem Arbeitszwang wurde die Perspektive nach einem selbstbestimmten Alltag entgegengesetzt.

Im Anschluss fand ein großräumiges Würfelspiel statt, in dessen Verlauf mehrere Gruppen Aufgaben erfüllen mußten um ALG bewilligt zu bekommen. Dazu mussten im Arbeitsamt Formulare gefunden, Infos beschafft oder Schließfächer gefunden werden. Die ersten, die am Ziel ankamen, präsentierten eine PSA-Cheerleader Performance zu dem NDW-Hit „Jetzt wird wieder in die Hände gespußt“. Zeitgleich sendete Radio FSK eine Sendung zu Hartz und übertrug Berichte vom Geschehen.

Flugblätter zur aktuellen Situation fanden guten Absatz, und die Reaktionen von AA-BesucherInnen waren im Allgemeinen positiv. Zahlreiche Gespräche um die konkrete Situation der Leute fanden am Rande statt.

<http://de.indymedia.org/>

Bericht aus Berlin:

„Weg mit dem Anspruchsdenken“, „7 Tage sind genug – Urlaub ist nur Selbstbetrug“. Mit vielen Parolen, witzigen Schildern und Transparenten begrüßten etwa 250 Menschen am 1. April das Inkrafttreten der Hartz-Gesetze mit einer „Jubeldemonstration“ vor dem Arbeitsamt Wedding. Arbeitslose können ab sofort kommerziellen Agenturen wie Randstad, Adecco, Manpower etc. zum „Verleihen“ überlassen werden. Der Mindeststundenlohn für Menschen mit sogenannten „Vermittlungshemmnissen“ beträgt 6,85 Euro. Als Hemmnisse gelten unter anderem Langzeitarbeitslosigkeit, Behinderungen, keine Berufsausbildung. Konsequenz die Forderung eines Laudatoren: man solle den Lohn doch einfach ganz abschaffen, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu retten.

www.umbruch-bildarchiv.de

Kommunale Politik

Hetzkommentar gegen kommunale Anti-kriegsbeschlüsse.

FRANKFURT/ MAIN. Nachdem nun auch zahlreiche deutsche Stadträte Resolutionen gegen den Irakkrieg beschlossen haben, entrüstet sich die FAZ in ihrer Ausgabe am 5. April unter der Überschrift „Jenseits der Grenzen“: „Viele Kommunalpolitiker wollen in diesen Tagen wieder einmal Weltpolitik machen. Noch ist nicht erkennbar, wie sehr die flammenden Appelle deutscher Städte und Gemeinden die Beteiligten des Irak-Krieges beeindrucken. Fest steht nur, dass es nicht Aufgabe von Stadtverordneten und Räten ist, sich im Amt zu Friedensexperten mit globalem Anspruch aufzuschwingen. Ihr gesetzlicher Auftrag lautet, sich um die Angelegenheiten der „örtlichen Gemeinschaft“ zu kümmern. Natürlich gibt es lokale Kompetenzen mit außenpolitischem Bezug: Kommunen können sich zu militärischen Liegenschaften auf ihrem Gebiet äußern. Sie dürfen auch Städtepartnerschaften mit Baltimore oder Basra pflegen. Die Außen- und Sicherheitspolitik aber gehört in den Bundestag – nicht, weil dort zwangsläufig die klarsichtigeren Politiker säßen, sondern weil jedes Gemeinwesen klare Grenzen seiner Zuständigkeiten braucht. Es gibt zu denken, wieviel Zeit sich die örtlichen Vertretungen für sachfremde Debatten nehmen, während den ihnen anvertrauten Körperschaften das Wasser bis zum Hals steht.“

Zwei Anträge zum Thema Irak-Kriegsflüchtlinge.

STUTTGART. In dem Antrag vom 20.03.2003 von Ulrike Küstler (PDS) heißt es: „Der Arbeitskreis Asyl Stuttgart fordert in einem Brief vom 20. März 2003 an Herrn Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster und Herrn Innenminister Dr. Thomas Schäuble die Bereitschaft ein, nach dem Kontingentflüchtlingengesetz (§ 32 Ausländergesetz) in Baden-Württemberg insgesamt 5000 Flüchtlinge aus dem Irak bei uns aufzunehmen. Nachdem eine friedliche Lösung des Irak-Konfliktes leider gescheitert ist, für die sich auch der Gemeinderat nochmals am 13. März ausgesprochen hatte, ist es die humanitäre Verpflichtung der Landeshauptstadt, den Menschen, die vor dem irakischen Regime und den Gefahren des begonnenen Krieges entfliehen, rasch und unbürokratisch zu helfen. Ich beantrage daher: 1. Die Stadt Stuttgart erklärt ihre Bereitschaft, Kriegs- und Regimeflüchtlinge aus dem Irak aufzunehmen. 2. Die Stadt Stuttgart trifft unverzüglich alle Maßnahmen, um die zu erwartende größere Anzahl von Flüchtlingen aus dem Irak angemessen und menschenwürdig unterzubringen.“ In dem Antrag der Republikaner dagegen heißt es u.a.: „Der Irak Krieg

Rahmenbedingungen der Frauenerwerbsarbeit im internationalen Vergleich

Was können wir von unseren Nachbarn lernen?

wird in absehbarer Zeit zu einem Ende des Hussein Regimes, zum Wiederaufbau des Landes und zum Ende der UN Sanktionen führen. In Grenznähe werden bereits jetzt von internationalen Hilfsorganisationen zahlreiche Vorbereitungen zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen getroffen. Eine ortsnahe Unterbringung von Flüchtlingen, die ein zeitnahes Rückkehren ermöglicht, ist in jeder Hinsicht sinnvoller als die Verteilung von Flüchtlingen auf mehrere Kontingente ... Wir beantragen aus diesen Gründen: 1. Die Stadt Stuttgart nutzt ihre Einwirkungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten konsequent dahingehend, die weitere Aufnahme irakischer Flüchtlinge zu vermeiden. 2. Nach Beendigung des Irak Krieges ist die angemessene Rückführung bereits hier lebender irakischer Flüchtlinge und Asylanten zeitnah zu betreiben.“

Kommunale Berichte Stuttgart 7/2003

Klagen gegen Zwangseingemeindung. POTSDAM. Über 100 brandenburgische Gemeinden wollen gegen die geplante Zwangseingemeindung von mehr als 300 Kommunen Beschwerde beim Landesverfassungsgericht einlegen. Das sagte der Geschäftsführer des Gemeindetags Brandenburg (GTB), Reiner Oncken. Politiker aus den betroffenen Gemeinden haben den Angaben zufolge zudem der „Volksinitiative gegen Zwangseingemeindungen“ ihre Unterstützung zugesagt. Sollte der Landtag die Initiative ignorieren, werde der Protest bis hin zu einem Volksbegehren fortgeführt, kündigte der GTB-Geschäftsführer an. Nach Angaben des Innenministeriums gab es 1999 insgesamt 1479 Gemeinden in der Mark. Mehr als die Hälfte davon hatte weniger als 500 Einwohner. Nach der Freiwilligkeitsphase wurden noch 727 Gemeinden gezählt. Nach Abschluss dieser Phase verabschiedete der Landtag die Zwangseingemeindung.

www.envia.de/enviawelt/regionales

Kritik an Stoibers Plänen. BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat die Reformpläne von CSU-Chef Edmund Stoiber zur Entlastung der Kommunen zurückgewiesen. Die vorgeschlagene Kürzung der Sozialhilfe um 25 Prozent solle nicht automatisch für mehr Beschäftigung, sagte der Hauptgeschäftsführer der Organisation, Gerd Landsberg. Zusätzliche Arbeitsplätze ließen sich kurzfristig nur mit einer deutlichen Erhöhung öffentlicher Investitionen schaffen. Vor allem in den neuen Ländern gebe es kein Vermittlungs-, sondern ein Arbeitsplatzproblem. Landsberg trat dafür ein, die Sozialhilfeleistungen künftig vollständig zu pauschalisieren. www.dstgb.de

Zusammenstellung: baf

Unter diesem Titel fand am 20. März eine Veranstaltung im Schweinfurter Friedrich-Rückert-Bau statt. Die Frauenbeauftragte der Stadt Schweinfurt, Maria Albert-Wirsching, gab zu Beginn der Veranstaltung einen kurzen Einblick in die Thematik. Auch wenn im Kampf um Gleichstellung einiges erreicht worden sei, gäbe es gerade in der Arbeitswelt massive Ungleichheit. So würden Frauen durchschnittlich 1/4 weniger verdienen als Männer und seien hauptsächlich in ungesicherten und sog. geringfügigen Beschäftigungen (71% Frauen) zu finden. Von einer eigenständigen Existenzsicherung, die eine der wichtigsten Grundlagen für Gleichstellung sei, seien viele Frauen noch weit entfernt.

Die Referentin Dr. Elke Holst, Arbeitsmarktexpertin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, betonte den strukturierenden Einfluss von Rahmenbedingungen auf Frauenerwerbsarbeit. Um Veränderungen zu erreichen, müsste an diesen Bedingungen auf verschiedenen Ebenen (individuell, institutionell, kulturell) gearbeitet werden.

Zu Beginn ihres Vortrages stellte Dr. Holst kurz gesellschaftliche Wandlungsprozesse dar, die in den letzten 30 Jahren massiv Einfluss auf die Frauenerwerbsarbeit hatten. So sei ein deutlicher Anstieg der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Müttern zu verzeichnen, währenddessen bei den Männern die (Lebens-)Arbeitszeit zurückgegangen sei, sie häufiger arbeitslos seien und weniger häufig das alleinige Familieneinkommen erzielten. Dadurch entstehe eine höhere ökonomische Abhängigkeit vom Erwerbseinkommen der Frauen, die im Durchschnitt immer besser ausgebildet, bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten. Allgemein habe die Pluralisierung der Lebensformen (Zunahme von Single-Haushalten, Abnahme von Familien-Haushalten) und die stärkere Individualisierung der Gesellschaft zu deutlichen Veränderungen bei der Erwerbsarbeit geführt.

Dr. Holst betonte, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf immer noch

ein zentrales Problem vor allem für Frauen sei, dies zeige sich in den einzelnen Ländern (dargestellt wurden die USA, Schweden, Frankreich und die BRD) jedoch unterschiedlich.

In den verglichenen Ländern sei allgemein ein Anstieg der Frauenerwerbsarbeit zu verzeichnen. So habe z.B. die Erwerbsquote von Müttern mit Kindern unter 6 Jahren in den USA 1999 bei 61,5% (1989: 54,0%), in Frankreich bei 56,2% (1989: 52,6%) und in Deutschland bei 51,2% (1991: 42,6%) gelegen. Auch in der in allen Ländern immer größer werdenden Gruppe der Alleinerziehenden (in den USA z.B. seien fast ein Viertel aller Eltern alleinerziehend) nehme Frauenerwerbsarbeit zu. Hier würden sich jedoch deutliche Unterschiede in der Art der Beschäftigung zeigen. Während in den USA 1999 fast die Hälfte (48,9%) der alleinerziehenden Mütter mit einem Kind unter

6 Jahren Vollzeit erwerbstätig gewesen seien, seien dies in der Bundesrepublik nur 24% (Frankreich: 34,9%) gewesen. 23,9% dieser Frauen hätten in Deutschland in Teilzeitarbeit gestanden.

Frauen sind die Hälfte der Weltbevölkerung, sie leisten zwei Drittel aller weltweit geleisteten Arbeit, sie erhalten nur ein Zehntel des Welteinkommens und sie besitzen weniger als ein Hundertstel des Eigentums der Welt.
Bericht der Vereinten Nationen, 1980

Rahmenbedingung Kinderbetreuung

In Deutschland sei die vergleichsweise geringe Erwerbsbeteiligung von Müttern mit einem vergleichsweise geringen Anteil von kleinen Kindern in formaler Betreuung verbunden. So seien im Jahr 2000 nur 10% der Kinder unter drei Jahren in formaler Betreuung (Horte, Krippen) gewesen, während dies z.B. in Schweden (1998) 48% und in den USA sogar 54% gewesen seien. Die deutschen Zahlen würden sich durch ein relativ geringes Betreuungsangebot für kleine Kinder erklären lassen, dagegen stehe ein hoher Grad von staatlich garantiertem Mutterschutz/Erziehungsurlaub. Diese Rahmenbedingungen führten zu einer Privatisierung der Erziehungsarbeit: In den USA betrage die Dauer des Mutterschutzes und Erziehungsurlaubs 12 Wochen, es gebe keine finanziellen Leistungen, in Schweden 85 Wochen Mutterschutz und Erziehungsurlaub, in Frankreich und Deutschland 162 Wochen.

ai-Kampagne Frauen in Haft – vielfach bestraft

Amnesty International hat im letzten Jahr eine weltweite Kampagne gegen Menschenrechtsverletzungen in der russischen Föderation gestartet. Im Rahmen der Frauenwochen führte die Schweinfurter ai-Gruppe am 8. März am Marktplatz einen Informationsstand mit Unterschriftensammlung gegen Korruption bei Polizei und Justiz in Russland sowie Folter und Vergewaltigung an Frauen in Haft durch. Beispiele waren die 20-jährige Marina T. (Name geändert) aus Jaroslawl und die kritische Journalistin Olga Kitowa aus Belgorod, gleichzeitig Abgeordnete des Regionalparlaments. Sie hatte zahlreiche Artikel über die regionalen Behörden geschrieben und dabei Fälle von Rechtsbeugung und Korruption angeprangert. Daraufhin wurde sie wegen Verleumdung und Ehrverletzung festgenommen und in der Haft geschlagen. Trotz Herzbe-



schwerden und hohem Blutdruck wurde ihr ärztliche Hilfe verweigert. Während sie zu zwei Jahren Haft mit Bewährung verurteilt wurde, ist nichts davon bekannt, dass in irgend einer Form gegen ihre Peiniger vorgegangen worden ist. Marina T. wurde wegen des Verdachts auf Trunkenheit am Steuer festgenommen und in der Ausnüchterungszelle von vier Männern vergewaltigt und verprügelt, weil sie sich wehrte. Sie wurde verurteilt, gegen die Männer wurde nicht vorgegangen. Erst als sie amnesty international einschaltete, kam es zwei Jahre später zu einem Prozess. Zwei Beamte wurden des Amtsmissbrauchs unter Anwendung und Androhung von Gewalt schuldig gesprochen, zu Bewährungsstrafen verurteilt und für zwei Jahre vom Dienst suspendiert. Die beiden anderen Täter wurden niemals angeklagt.

Ausstellung: „Kinder, Küche, wenig Kohle ... ?



Oben: Hausangestellte in der Küche für 40 Mark im Monat (Yonas Bizuneh, Nürnberg)
Links: In der Fabrik (Mathilde Hutzl, Kronach)
Rechts: Arbeitsplatz Ehemann (Veronika Mayer, Prunn; Preisträgerin)

Diese Fotoausstellung war im Rahmen der Schweinfurter Frauenwochen vom 8. bis 31. März im Friedrich-Rückert-Bau zu sehen. Sie ist das Ergebnis eines Fotowettbewerbs, den die landeskirchliche Aktion „1+1 – mit Arbeitslosen teilen“ in Kooperation mit der Frauenarbeit im Kirchlichen Dienst in der Arbeitswelt (KDA), der Frauengleichstellungsstelle der ELKB, dem Bayerischen Mütterdienst Stein, dem Referat Frauen- und Mädchenarbeit im Amt für Jugend-

arbeit sowie der Evangelischen Frauenarbeit in Bayern ausgeschrieben hatte. Aus dem Ausschreibungstext des Fotowettbewerbs: Frauen haben vielfältige Arbeitsplätze! Frauen verrichten die verschiedensten Tätigkeiten in den Bereichen der Erwerbsarbeit (bezahlte Arbeit), Hausarbeit (Wäsche waschen, Essen kochen ...), Sorgearbeit (Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, ehrenamtliche Arbeit, etc.)
Allerdings werden letztere – weil unbe-

→ Kulturelle Rahmenbedingungen

Wie am Beispiel der Kinderbetreuung deutlich werde, könnten gesellschaftliche Strukturen und kulturelle Bedingungen großen Einfluss auf die Frauenerwerbsarbeit nehmen. Die Referentin gab für die verglichenen Länder eine kurze Zusammenfassung dieser Bedingungen:

In den USA herrsche eine starke Marktorientierung. Die Chancengleichheit für Frauen im Erwerbsleben sei dort (durch unternehmerische Maßnahmen hauptsächlich für besser qualifizierte Frauen) am weitesten. Mütter erführen nur geringe staatliche Unterstützung, allerdings sei der Dienstleistungsgrad im Bereich der Kinderbetreuung sehr hoch, jedoch bei sehr unterschiedlicher Qualität der Betreuung. Es herrsche die Norm des „idealen Beschäftigten“ vor, d.h. Vollzeitbeschäftigung und Überstundenbereitschaft, die von Frauen mit Kindern nur schwer zu erfüllen sei.

Schweden sei dagegen das klassische Modell des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates. Die staatliche Politik sei auf eine gleiche Arbeitsmarktteilhabe ausgerichtet, das „Zwei-Verdiener-Modell“ herrsche vor, Mütter würden staatlich unterstützt. Allerdings bestehe hier eine hohe Abhängigkeit von öffentlichen Finanzen. Bei konjunktureller Schwäche

seien erwerbstätige Frauen zuerst betroffen. Der Arbeitsmarkt sei stark geschlechtsspezifisch ausgerichtet.

In Frankreich werde die Müttererwerbstätigkeit staatlich gefördert, hier gebe es traditionell einen hohen Anteil erwerbstätiger Frauen in Vollzeit. Der Staat habe die Verantwortung für die Kinderbetreuung übernommen, sie sei dem Bildungsbereich und nicht der Sozialpolitik zugeordnet.

In (West-)Deutschland bestehe ein modernisiertes männliches Alleinverdienermodell (Mann Vollzeit/Frau Teilzeit), im Vergleich der vier Länder bestünden hier die konservativsten Rahmenbedingungen. Zwar gebe es inzwischen die Garantie eines Kindergartenplatzes (meist jedoch nur halbtags), aber es herrsche erheblicher Mangel an Ganztagsbetreuung und Krippenplätzen. Die konservative Einstellung wirke hemmend auf die Veränderung der Rahmenbedingungen in Richtung egalitärer Arbeitsmarktteilhabe.

Rahmenbedingung Steuerpolitik

Das Steuersystem könne Schlüsselreiz für das Erwerbsverhalten sein. Grundsätzlich würden Splittingmodelle und Individualbesteuerung unterschieden:

BRD: Ehegattensplitting, Frankreich: Familiensplitting, Schweden: Individu-



zahlt – häufig nicht als tatsächliche Arbeit anerkannt und in ihrem Wert für die Gesellschaft kaum gewürdigt, sondern als geradezu selbstverständlich hingenommen.

Frauen sind häufig erwerbslos, aber nie arbeitslos! Dies hat vor allem Auswirkungen auf die finanzielle Absicherung: Sie erhalten durchschnittlich niedrigere Löhne, niedrigere Renten und weniger Arbeitslosengeld als Männer, weil sie häufig in Teilzeit arbeiten, die Erwerbs-

tätigkeit für längere Zeit unterbrechen oder in finanzieller Abhängigkeit von Männern leben. Denn immer noch sind die Formen von unbezahlter Arbeit, wie Hausarbeit und Sorgearbeit, Frauendomänen.

Eine gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit auf Frauen und Männer ist dringend geboten! Darüber hinaus brauchen wir die Möglichkeit der Existenzsicherung über beide für die Gesellschaft notwendigen Arbeitsformen!

albesteuerung, USA: Steuerart wählbar. Individualbesteuerung biete einen vergleichsweise stärkeren Anreiz zur Erwerbsarbeit von Ehefrauen als Splittingssysteme. Steuersysteme würden „Sozialpolitik-Modelle“ und kulturelle Rahmenbedingungen repräsentieren. In der Bundesrepublik bestünden allein durch das Steuerrecht die schlechtesten Bedingungen für die Vollzeitarbeit beider Partner. Hier zeige sich auch in der Steuerpolitik das modernisierte männliche Alleinverdiener-Modell, das stark an der „klassischen“ Familien orientiert sei, auch Alleinerziehende würden stark benachteiligt. Steuer- und Sozialabgaben seien stark familienbezogen, nur Dänemark besteuere im Vergleich aller OECD-Länder Singles höher als die BRD.

Was können wir von unseren Nachbarn lernen?

Auf der institutionellen Ebene sollte die Steuer- und Sozialpolitik an das Zwei-Verdiener-Modell angepasst werden. Sinnvoll wäre eine Individualbesteuerung mit Vergünstigungen für Familien. Dringend nötig sei eine verbesserte Ganztagsbetreuung von Kindern, der Staat und auch die Unternehmen müssten hier Verantwortung übernehmen. Die Unternehmenspolitik müsse sich auf flexible Menschen mit familiären Verpflichtungen einstellen. Auch Männer sollten bei der Wahrnehmung von Familienaufgaben unterstützt werden. Auf der individuellen Ebene sei eine bessere Aufteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern anzustreben. Ziel sei die gemeinsame Verantwortung der Eltern für die Familienarbeit. Wichtigster Punkt für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Frauenerwerbsarbeit sei die Veränderung von kulturellen Rollenbildern, Werten und Traditionen. Ziel müsse die egalitäre Arbeitsmarktteilhabe von Frauen und ihre eigenständige Existenzsicherung sein.

Wie wichtig und dringend notwendig die Veränderung von Rahmenbedingungen ist, zeigte sich in der anschließenden Diskussion, in der Frauen ihre Erfahrungen mit der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit darstellten. Besonders anschaulich wurde die im Vortrag dargestellte Problematik im Redebeitrag zweier junger Frauen, die deutlich machten, dass es immer noch keine zufriedenstellende Vereinbarkeit gebe und sie unter dem Druck ständen, in ihrer Lebensplanung „auf Kinder oder auf Karriere“ verzichten zu müssen.

(anb, Nachrichten und Standpunkte, Schweinfurt)

BDI fordert höheren Rüstungs- etat.

HB, Freitag/Samstag, 28./29.03.2003. – „Grundsätzlich wäre eine dauerhafte Erhöhung des Wehretats zu begrüßen“, so K. Bräunig, BDI-Hauptgeschäftsführung. „Allerdings kommt es darauf an, die zusätzlichen Finanzmittel auch intelligent einzusetzen: Oberste Priorität muss eine „State-of-the-Art“-Ausrüstung der Soldaten haben.“ Der BDI fordert eine Aufstockung des Investivanteils des Verteidigungsetats auf mindestens 30 %. Er unterstützte den Kanzler, der auf Deutschlands außenpolitische Verantwortung hinwies.

Stromwirtschaft wehrt sich gegen staatlichen Regulierer.

HB, Mittwoch, 02.04.2003. – Die Stromwirtschaft warnt vor „übertriebener staatlicher Regulierung“ bei der Öffnung der Strommärkte. Sie fordert Klarheit von der Bundesregierung über die geplante Regulierungsbehörde. Bislang regeln freiwillige Vereinbarungen der Verbände der Strom- und Gaswirtschaft, zu welchen Bedingungen Wettbewerber die Monopolnetze der Energieversorger mitbenutzen dürfen. Am 1.7.2004 soll ein Regulierer seine Arbeit aufnehmen. W. Brinker, Präsident des Verbandes der deutschen Elektrizitätswirtschaft (VDEW): Die Verbändevereinbarungen hätten sich als Instrument zur Marktöffnung bewährt. Ein staatlicher Regulierer jedoch könne die Preise für die Netznutzung derart drücken, dass sich der Netzbetrieb nicht mehr lohne. Dann werde niemand mehr in Netze investieren, es komme häufiger zu Stromausfällen.

Chemische Industrie lehnt stärkere staatliche Kontrollen ab.

Die Störfallkommission beim Bundesumweltministerium kritisiert, manche Chemieunternehmen seien sehr schlecht bewacht. Fremde können ungehindert auf Firmengelände vordringen. Seit Ausbruch des Irakkriegs gelte erhöhtes Gefährdungsrisiko für die Bevölkerung. Reportern war es in sechs von acht Fällen gelungen, unbehelligt auf das Gelände von Chemieunternehmen vorzudringen, die allesamt der Störfallverordnung für besonders sensible Anlagen unterliegen. Beim Chemieverband VCI herrsche indessen Hilflosigkeit. VCI-Präsident W. Simson habe die Mitgliedsverbände aufgefordert, „noch vorhandene Sicherheitslücken“ zu beseitigen. Von schärferen Kontrollen behördlicherseits will der VCI trotz der offensichtlichen Unfähigkeit einzelner Unternehmen, für Sicherheit zu sorgen, nichts wissen. „Einen Wirtschaftsverband, der gerne staatliche Kontrollen hat, kann ich mir nicht vorstellen.“

Presseauswertung: rst

Stoppt den Krieg! Schützt das Völkerrecht! Beseitigt die Ursachen von Krieg und Gewalt! **Beschluss der Außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages der PDS in Berlin.** *Gemeinsame Resolution der Delegierten der außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages der PDS und der Delegierten der 4. Bundesdelegiertenkonferenz von [solid] – die sozialistische Jugend am 5. April 2003 in Berlin und Braunschweig*

Am Donnerstag, dem 20.03.2003, haben die Streitkräfte der USA, Großbritanniens und weiterer Verbündeter in Verletzung der seit dem 2. Weltkrieg erkämpften internationalen Rechtsordnung einen Aggressionskrieg gegen den Irak begonnen. Ihre Regierungen versuchen, diesen Krieg mit der Gefahr durch Massenvernichtungswaffen des Hussein-Regimes im Irak und dessen Menschenrechtsverletzungen zu rechtfertigen. In Wahrheit aber sind die wichtigsten Kriegsziele die Herstellung der Kontrolle über Ressourcen in der gesamten Region und die Durchsetzung einer US-amerikanisch dominierten Weltordnung.

Menschenrechte, Demokratie und Humanismus werden als Deckmantel missbraucht. Weder ermöglichen militärische Gewalt, Bomben und die Zerstörung aller Infrastruktur menschenwürdige Lebensbedingungen; noch kann eine für lange Zeit angestrebte Fremdverwaltung des Irak als Beginn einer Demokratisierung begriffen werden. Die durch Diktatur und UN-Embargo seit Jahren leidende Bevölkerung muss nun noch einen weiteren Krieg aushalten, der angeblich ihrer Befreiung dienen soll.

Die Bundesregierung nennt diesen Krieg nicht nach dem, was er ist: völkerrechtswidrig. Denn dann müsste sie eingestehen, dass die Akzeptanz von Überflugrechten über deutschen Luftraum, das Verbleiben von ABC-Panzern in Kuwait und von Marineeinsatzkräften am Horn von Afrika sowie die Beteiligung an AWACS-Flügen in der Türkei aufgrund der internationalen Dimension des Krieges gegen das Grundgesetz Artikel 26 verstoßen.

Wir unterstreichen: Die Unterstützung eines Angriffskrieges kann nicht durch Bündnisverpflichtungen legitimiert werden.

Die PDS und [solid] sind sich einig:

Der Angriffskrieg ist sofort zu stoppen! Der Rückzug der amerikanischen und verbündeten Truppen ist unverzüglich einzuleiten! Das ist das Gebot der Stunde und die dringendste humanitäre Aktion!

Die PDS und [solid] fordern die Bundesregierung auf,

- sich aktiv für die Einberufung einer UN-Sondervollversammlung einzusetzen.

- sich an den Internationalen Gerichtshof zur Einleitung eines Prüfverfahrens zur Feststellung einer Aggression zu wenden.

- gemeinsam mit anderen Staaten ein „Uniting For Peace“ der UNO-Vollversammlung gemäß der UN-Resolution 377 einzuberufen.

- unverzüglich die notwendigen Schritte zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln, Medikamenten und weiterer Lebensnotwendigkeiten

- für die irakische Bevölkerung einzuleiten und für die Aufhebung der gegen das Volk verhängten Wirtschaftssanktionen als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben einzutreten.

- die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus dem Irak zu ermöglichen.

- den Überflug über das Gebiet der Bundesrepublik für US-Militärflugzeuge zu untersagen und keinerlei logistische Unterstützung für diesen Angriffskrieg leisten.

- Bundeswehrsoldaten, die an Bord von AWACS-Flugzeugen an der Zielplanung für die Angriffe beteiligt sind sowie die ABC-Spürpanzer aus Kuwait zurück zu fordern.

Weltweite Proteste – vor allem junger Menschen – haben gezeigt, dass die Völker dieser Welt diesen Krieg als Mittel der Politik ablehnen. Wer wirklich Diktaturen auf dieser Erde beseitigen will, muss Wirtschaftsterrorismus beenden, der muss selbst abrüsten, Waffenexporte einstellen, auf offensive Militärkonzepte verzichten. Der muss die UNO und internationale Abkommen stärken, statt sie zu schleifen und für die eigene imperiale Machtpolitik zu missbrauchen. Der muss das auf den Trümmern des 2. Weltkrieges geschaffene Recht der Völker als Grundlage für das zivilisatorische Projekt der Vereinten Nationen, das solidarische Zusammenleben der Menschen verteidigen und weiterentwickeln. Wer wirklich Diktaturen auf dieser Erde beseitigen will, der muss die Menschenrechte ungeteilt verwirklichen und im eigenen Land und bei den eigenen Verbündeten damit beginnen. Der muss das Kyoto-Protokoll ratifizieren, statt auf Kosten anderer Völker die Ressourcen des Erdballs zu verschleudern.

Wer Diktaturen, Terrorismus und militärische Bedrohungen beseitigen will, der darf vor allem keinen Krieg vorbereiten und führen.

Die PDS und [solid] unterstützen die Protestaktivitäten und Demonstrationen von hunderten Tausenden Jugendlichen auf der ganzen Welt, setzen sich mit aller Kraft für die Umsetzung der hier aufgeführten Forderungen ein und sehen sich in gemeinsamer Verantwortung mit Gruppen, Projekten, Aktionen und Initiativen, die diese Ziele mit uns teilen.

von Wilma Strothenke

Erinnerungsliteratur hat Hochkonjunktur. Denn Autobiografien erfüllen die Lust auf Sensationen und private Enthüllungen öffentlicher Personen. Der Glaube, dass in solchen Büchern der Autor oder die Autorin authentisch zum Vorschein komme, ist allerdings verfehlt. Das eigene Leben schreiben heißt immer, eine Auswahl vorzunehmen, zu interpretieren und sich zu inszenieren.

Wie sich Autobiografien bei vielen äußeren Ähnlichkeiten stark voneinander unterscheiden können, wird bei einem Vergleich zweier neuerer Werke von Gioconda Belli und Sergio Ramírez deutlich. Beide AutorInnen ziehen in ihnen Resümee über ihre Erfahrungen in und mit der Sandinistischen Revolution. Sowohl Belli „Die Verteidigung des Glücks“ und Ramírez „¡Adios, Muchachos!“ erschienen 2001 in deutscher Übersetzung. Zusätzlich zu dieser wohl rein zufällig zeitnahen Veröffentlichung ihrer Erinnerungen sind Belli und Ramírez weitere Elemente gemein: in den 1940er Jahren als Kinder des mittleren und höheren Bürgertums in das von Somoza diktatorisch regierte Nicaragua hineingeboren, engagierten sie sich ab den 1970er Jahren in der Sandinistischen Nationalen Befreiungsfront FSLN und bekleideten nach dem Sieg der SandinistInnen 1979 politische Ämter in der Regierung. Beide kehrten der FSLN 1995 den Rücken zu.

Beide SchriftstellerInnen sind zusammen mit Ernesto Cardenal die international bekanntesten Persönlichkeiten aus Nicaragua. Bleibt ein auffälliger Unterschied: Belli ist eine Frau, Ramírez ein Mann. Es stellt sich die Frage, ob Unterschiede in ihren Autobiografien entlang einer „Gender-Lektüre“ ausfindig zu machen sind. Inwiefern spiegelt sich ihre Geschlechtszugehörigkeit im Schreiben wider? Diese Fragestellung lässt sich anhand der genderspezifischen Autobiografietheorie untersuchen, die in den 1980er Jahren im Zuge der Neuen Frauenbewegung im angloamerikanischen Raum entstand. Sie stützt sich bei ihrer literaturwissenschaftlichen Analyse auf feministische Erkenntnisse benachbarter Disziplinen wie der Soziologie oder der Psychologie.

Theoretikerinnen wie Mary Mason oder Susan Stanford Friedman stellten fest, dass sich die Autobiografien von Männern und Frauen in vielen Aspekten unterscheiden. Dies liege an der geschlechterbedingten Selbstkonstitution, die sich psychoanalytisch gesehen auf Grund unterschiedlicher Familiensozialisation gerade in der frühkindlichen Phase herausbilde und historisch-soziopolitisch gesehen auf Grund unterschiedlicher materieller Bedingungen und kultureller Repräsentationen von Frauen und Männern in einer patriarchalen Gesellschaft. Die Autobiografie-Theoretikerinnen fanden heraus, dass

Revolution im Lebenslauf

Eine Genderlektüre von literarischen Erinnerungen an den Sandinismus

sich Unterschiede auf verschiedenen Ebenen des Textes – Inhalt, Erzählperspektive und Schreibstil – finden lassen. Frauen thematisieren demgemäß eher das Private und Persönliche, Männer eher das Öffentliche und Politische – Behauptungen, die mittlerweile wie eine Binsenweisheit klingen. Umso erstaunlicher ist, dass Belli und Ramírez dieses Schema haargenau reproduzieren.

Stoff für Spannung

Gioconda Bellis Buch liest sich im Vergleich zu Ramírez Erinnerungen wie ein echter Schmöker für eine Nacht. Die Revolution stellt sich bei ihr als großes Abenteuer dar – mit spannenden Verfolgungsjagden, heimlichen Treffen, leidenschaftlichen Liebesbeziehungen, aber auch schmerzlichen Trennungen und Verlusten. Bellis und Ramírez Lebenswege verliefen allerdings in der für die Aufstandsvorbereitung entscheidenden Zeit der 1970er Jahre zeitweilig unterschiedlich: Ramírez befand sich auf Grund seines oppositionellen Engagements während der Studienzeit bereits im Exil in Costa Rica, zwei Jahre auch in West-Berlin. Die sechs Jahre jüngere Belli exilierte erst 1975. Davor führte sie ein Doppelleben in Nicaragua, in welchem sie sich zwischen ihrer Rolle als Werbefachfrau und Mutter in den Sphären des gehobenen Bürgertums und ihrer Rolle als Stadtguerillera im sandinistischen Untergrund hin und her bewegte. Diese Klandestinität birgt Stoff für Spannung.

Gleichzeitig erzählt Belli viel über ihre Ängste, z.B. wie sie, als sie über Wochen von Personen aus Somozas Nationalgarde beschattet wurde, als allein erziehende Mutter diese Bedrohung mit der Sor-

ge um ihre Kinder zu vereinbaren versuchte. Historiografische Details und politische Reflexionen über die Revolution sind bei ihr nur am Rande zu lesen. Der Schwerpunkt liegt auf einem persönlichen Zugang zum Leben im Widerstand, und wäre nicht Bellis Betonung, wie wichtig ihr „ihr Nicaragua“ ist, könnte das Buch auch allgemeiner als Erzählung einer Frau im Widerstand gelesen werden.

Denn dass sie mit dem Blick einer Frau sieht, ist unbestreitbar. Überlegungen zur gesellschaftlichen Stellung der Frau an sich, die Situation der Frauen in Nicaragua im Besonderen und viel Kritik am machistischen Verhalten der Männer – vor allem der revolutionären – finden sich in ihrer Erzählung. Belli selbst fühlt sich durch die gesellschaftlichen Beschränkungen von Frauen, gerade im katholisch-konservativen Nicaragua der 1960er und 70er Jahre, gespalten in eine „fügsame“ und eine „rebellische“ Frau. Sie versucht, diesen Widerspruch zu lösen, indem sie auch „Mann zu sein versucht“. Immer wieder beschreibt Belli, wie sie von männlichen Politikern zuerst als Objekt der Begierde angesehen wurde und erst an zweiter Stelle als sandinistische Funktionärin.

Dies wird an einer Stelle besonders deutlich. Bei einem Treffen Bellis mit dem Präsidenten Panamas, Omar Torrijos, fragt der despotische Staatschef Belli, die mit einer politischen Mission zu ihm geschickt wurde, ob sie nicht ein Kind mit ihm bekommen wolle. Er lässt sie in sein Schlafgemach rufen, wo er sie im Seidenpyjama empfängt und bittet, die Nacht bei ihm zu verbringen. Entsetzt flieht Belli. In der Erzählung von Ramírez



Gioconda Belli

Belli wurde 1948 in Managua geboren. Ab 1970 beteiligte sie sich am Widerstand der FSLN gegen die Somoza-Diktatur. Nach dem Sieg der Revolution arbeitete Belli als Leiterin der sandinistischen Fernseh- und Rundfunkanstalt, danach im Planungsministerium, ab 1984 als Generalsekretärin des Wahlausschusses der FSLN. 1989 schied sie aus der FSLN aus. Sie ist mit einem US-Amerikaner verheiratet und lebt mit ihm und ihren vier Kindern abwechselnd in Los Angeles und Managua. 1970 veröffentlichte sie ihren ersten Gedichtband *Sobre la grama*, 1978 *Línea de fuego*. Von 1982-87 erschienen drei weitere Gedichtbände. Ihr erster Roman, *La mujer habitada*, zu deutsch *Die bewohnte Frau*, erschien 1988 und war unter anderem in Deutschland ein großer Erfolg. 1990 erschien *Sofía de los Presagios*, 1996 *Waslala*.

... und Sergio Ramírez

Ramírez wurde 1942 in Masatepe geboren. Während des Exils in Costa Rica war er Teil der nicaraguanischen Exilregierung »Gruppe der Zwölf«. 1979 wurde Ramírez Mitglied der Regierungsjunta und 1984 Vizepräsident. 1963 veröffentlichte Ramírez seinen ersten Erzählband *Cuentos*. Seine über dreißig Publikationen umfassen Erzählungen, politische Texte und Essays sowie sechs Romane: *Tiempo de fulgor* (1986), *Te dió miedo la sangre?* (1977), *Castigo divino* (1988), *Un baile de máscaras* (1995), *Margarita, está linda la mar* (1998) und *Sombras nada más* (2002). Ramírez wird als einer der wenigen mittelamerikanischen Erzähler genannt, die mit den Autoren des lateinamerikanischen Literaturbooms konkurrieren können. 1995 gründete Ramírez die Partei MRS, eine sandinistische, aber sozialdemokratisch und neoliberal ausgerichtete Erneuerungspartei, mit der er gegen Daniel Ortega und Arnoldo Alemán als Präsidentschaftskandidat antrat. Unterstützt wurde er dabei u.a. von Ernesto Cardenal und Gioconda Belli.



Der Schriftsteller und sandinistische Politiker Sergio Ramírez

rez gibt es eine ähnliche Szene, die aber einen anderen Verlauf nimmt: Ramírez wird bei einem Besuch in Panama mitten in der Nacht in Torrijos Schlafgemach gebeten. Torrijos empfängt ihn ebenfalls im Seidenpyjama und bittet Ramírez zu sich aufs Bett. Doch statt ihm sexuelle Avancen zu unterbreiten, möchte sich Torrijos einfach mit Ramírez über das politische Tagesgeschäft unterhalten – die Situation entschärft sich. Ob Ramírez sich zu irgendeinem Zeitpunkt als potenzielles Objekt der Begierde von Torrijos sah, bleibt offen – anzunehmen ist, dass es sich um einen etwas ungewöhnlichen „Männerbund“ handelte, gestört höchstens durch das Hierarchiegefälle eines älteren, Mächtigeren gegenüber einem Jüngeren.

Gegen die Zuschreibung

In Ramírez Erzählung dominieren weniger Alltagsgeschichten, sondern die öffentlichen Sphären von Politik und Diplomatie sowie geschichtlich interessante Details. Das Buch ist nicht leicht zu lesen, der Satzbau ist komplex, die Handlung nicht chronologisch. Wo sich Ramírez jeweils örtlich und zeitlich befindet, ist oft schwer nachzuvollziehen. Der ehemalige Vizepräsident Nicaraguas schreibt in Exkursen zu Wirtschaft, Politik oder zur Gründung der FSLN. Er lässt sich oft assoziativ von Anekdote zu Anekdote tragen. Seine Erzählung ist aber auch durch den häufigen Einsatz von Ironie und Andeutungen von inneren Brüchen und Leerstellen geprägt. Interessanterweise durchbricht Ramírez hiermit genderspezifische Zuschreibungen – denn gerade Frauenautobiografien zeichnen sich angeblich durch einen anekdotischen, fragmentarischen Schreibstil aus.

Auch die Erinnerungsarbeit bei Ramírez, mit der er auf Grund verstreuter Anhaltspunkte wie eines alten Fotoalbums, eines Briefes seiner Kinder oder mit Hilfe von Gesprächen das Geschehen zu rekonstruieren versucht, widerspricht dieser Theorie. Im Gegensatz zu seinem teilweise dozierenden Stil wechselt Ramírez in diesen Szenen in einen Plauderton hinüber, als erzähle er uns bei einem Glas Bier über damals. Der Plauderstil ist auch bei Belli zu finden, doch handelt es sich bei ihr ganz klar um eine Konversation unter Frauen, wie sie auch als charakteristisch für Frauenautobiografien festgestellt wurde. Des Öfteren wendet sich Belli an ihr weibliches Publikum mit rhetorischen Fragen im Stil von „Wie sollte ich ihn nicht lieben, wenn er mir solche Komplimente machte?“

Aus Ramírez Buch lässt sich eine Vielzahl von Informationen herauslesen über Ursprünge, Verlauf und AkteurInnen der Sandinistischen Revolution sowie mögliche Gründe für ihr Scheitern. Der Autor schildert, wie die Sandinistische Revolution seiner Meinung nach auch ohne die Intervention der US-finanzierten Contras an ihrem ideologischen Absolu-



tismus gescheitert wäre. So beschreibt er, wie junge sandinistische Kader in staatlichen Agrarbetrieben eingesetzt wurden und teilweise keine Ahnung von Landwirtschaft hatten – ein Grund für den erheblichen Verlust der ländlichen Unterstützungsbasis der SandinistInnen. Auch bei Belli findet sich Kritik an der Vernachlässigung einer revolutionären Kultur, die ursprünglich nicht nur politische, sondern auch ethische Umwälzungen versprach. Doch wird die Kritik bei ihr sehr personalisiert an den Ortega-Brüdern geäußert. Es gibt keine umfassende Wertung der Revolution an sich. Es entsteht bei ihr der Eindruck, dass doch vor allem die Intervention der USA den Untergang herbeiführte.

Altbekannte Muster

Was bei Ramírez fehlt, ist eine Darstellung seiner selbst – Gefühle oder persönlicher Zugang zum Befreiungskampf werden kaum thematisiert. Auch die abschließende Beurteilung der Frage, ob sich die Sandinistische Revolution trotz der vielen Opfer gelohnt habe, wird nur indirekt, mit der Aussage einer Freundin, positiv beantwortet. Belli sagt hingegen selbst, dass es sich immer wieder lohne, für Ideale und Gerechtigkeit einzustehen – mit der etwas naiven Begründung „...weil es mich glücklicher macht, an etwas zu glauben, als an nichts zu glauben“.

Die Nichterfüllung des frauenemanzipatorischen Anspruchs der FSLN, die von Belli angeprangert wird, zeigt sich implizit auch in Ramírez Erzählung. Er verliert nicht ein einziges Wort zur Situation der Frauen. Gleichzeitig wird deutlich, dass er sich nur auf Grund seines Mann-Seins in der Gesellschaft so bewegen konnte, wie er es tat. Das illustrieren die Begebenheiten, in denen Ramírez erzählt, wie er mit der gesamten sandinistischen Führungsriege (nur Männer) und Boris Jelzin nackt zusammen schwimmen ging oder wie er mit dem ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter im Country Club joggte. Ramírez bewegt sich in dieser männerdominierten Umgebung als Privilegierter und kann sich so den Luxus leisten, sein Geschlecht zu vergessen.

Von der Erzählperspektive her gesehen

durchbrechen Belli und Ramírez teilweise die Zuweisungen der genderspezifischen Autobiografiethorie, laut denen sich Männer eher in den Mittelpunkt setzen, während Frauen angeblich „dezentrierter“ schreiben – auch dies nur allzu bekannte Beschreibungen für das angeblich typische Agieren von Männern und Frauen nicht nur auf der literarischen Ebene. Doch Ramírez ist derjenige, der dezentriert schreibt – er nimmt sich zurück, er ist die Linse, durch die wir als LeserInnen auf die Geschehnisse und Akteure blicken. Belli ist diejenige, die ihre eigene Person als Mittelpunkt der Erzählung setzt – das deutet sich schon in dem vorangestellten Foto an, zu dem sie schreibt: „Meine Eltern konnten nicht ahnen, dass sich das brave, liebe Kind in die rebellische Frau verwandeln würde, die ihnen den Schlaf raubte“.

Diese „rebellische Frau“ wird im Laufe der Erzählung mit vielen pathetischen Wendungen stilisiert. Belli ist abwechselnd unbezähmbares Wildpferd, machtvolle Zornesgöttin oder um ihre Kinder kämpfende Löwin. Stereotype Bilder sollen zum einen Bellis Idealismus und Romantizismus illustrieren (z.B. in dem sie sich in dem aussichtslos scheinenden idealistischen Kampf der Guerilla zur weiblichen „Quijota“ stilisiert), zum anderen ihr Frausein ausdrücken: Sie ist zugleich naive Kind-Frau, Verführerin und machtvolle Göttin mit weiblichem Instinkt und Urkraft. Hier kommen differenztheoretische Vorstellungen von der Frau als der eigentlichen Krönung der Schöpfung zum Tragen.

Sensation auf dem Büchertisch

Interessant ist auch die Verbindung von Revolution und Mythos in den Werken. Beide AutorInnen greifen revolutionäre Metaphern von Heldentum und Glücksversprechen auf. Bei Ramírez finden sie sich in Überschriften wie „Das Paradies auf Erden“ oder „Die Ströme von Milch und Honig“, sie werden aber ironisiert, indem in den dazugehörigen Kapiteln das genaue Gegenteil beschrieben wird – etwa die Intoleranz des Papstes in Bezug auf die Revolution und die Befreiungstheologie oder die erfolglose Wirtschaftspolitik der SandinistInnen. Pathetische Stilisierungen des Guerilleros finden sich aber weder bei Ramírez noch bei Belli, was die Bücher angenehm abhebt von Vorgängerwerken wie Omar Cabezas „Die Erde dreht sich zärtlich, Compañera“ oder Tomás Borges „Mit rastloser Geduld“.

Da Belli sich persönlicher darstellt, wird sie auch eher persönlich kritisiert. In den 2001 in Deutschland erschienenen Rezensionen – auffälligerweise größtenteils von Frauen und in der Tagespresse – findet sich eine Bandbreite von enthusiastischer Zustimmung bis zu hochpolemischer Ablehnung – ihr Buch bewege sich auf dem „Niveau eines Arztromans“, heißt es in einer Besprechung. Die Kritiken richten sich vor allem gegen Bellis

ausschweifende Beschreibung von Liebesbeziehungen und ihre klischeehafte Selbststilisierung. Die Kritiken zu Ramírez, überwiegend von Männern und in Fachzeitschriften veröffentlicht, sind durchgehend positiv. Sie richten sich vor allem auf die Sachlichkeit und die faire Darstellung politischer Gegner.

Wer „Autobiografie“ hört und sich auf private Enthüllungsgeschichten freut, ist bei Ramírez an der falschen Adresse. Über den Autor selbst wissen die LeserInnen hinterher so viel oder wenig wie vorher. Dem Innenleben des Revolutionsprozesses ist man dafür ein Stückchen näher gekommen. Sensation und Enthüllung sind dagegen bei Belli zu finden – es ist sicher kein Zufall, dass ihr Buch zu Weihnachten 2002 in einer Taschenbuchauflage die Büchertische überschwemmte.

Literatur:

- Ramírez, Sergio 2001: Adios, Muchachos! Eine Erinnerung an die Sandinistische Revolution, mit einem Vorwort des Autors zur deutschen Ausgabe; aus dem Spanischen von Lutz Kliche, Wuppertal: Peter Hammer Verlag
- Belli, Gioconda 2001: Die Verteidigung des Glücks. Erinnerungen an Liebe und Krieg, aus dem Spanischen von Lutz Kliche, München/ Wien: Carl Hanser Verlag
- Benstock, Shari (Ed.) 1988: The Private Self. Theory and Practice of Women's Autobiographical Writings, Chapel Hill and London: The University of North Carolina Press
Quelle: IZ3W 268. Wilma Strothenke ist Mitarbeiterin im iz3w. Der Artikel basiert auf einer Magisterarbeit zum selben Thema.

Kritische AktionärInnen

Daimler raus aus der Rüstung!

Der Daimler-Chrysler-Konzern ist ein „Kriegsgewinnler“ und hat die Entwicklung eines Rußpartikelfilters für Diesel-PKW „verschlafen“. Diese Vorwürfe erheben Kritische Aktionärinnen und Aktionäre in ihren Gegenanträgen zur Hauptversammlung am 9. April. Wir dokumentieren:

Liebe Aktionärinnen und Aktionäre, sicher sind auch Sie der Meinung, dass Minen, Atomraketen-Technologie und andere Waffen nicht zu einer Firma passen, die sich dem Ziel verpflichtet fühlt, die Globalisierung menschlich verträglich zu gestalten und die ganze Welt davon profitieren zu lassen.

In der Kritik stehen zudem Lieferungen von Militär-Unimogs in Krisen- und Kriegsgebiete und die Tatsache, dass die notwendigen Weichenstellungen für eine umweltfreundliche und zukunftsorientierte Fahrzeugflotte auch 2002 nicht vorgenommen wurden. Schritte dazu wä-

ren die Einführung des Rußpartikel-Filters für alle Dieselfahrzeuge, die Produktion des 2-Liter-Autos und die Halbierung des Kraftstoffverbrauchs der Fahrzeugflotte.

Die SprecherInnen der Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (Diplom-Ingenieur Alexander Dauensteiner, Sozialexpertin Beate Winkler, Rechtsanwalt Holger Rothbauer und Diplom-Theologe Paul Russmann) werden in der Hauptversammlung unbequeme Fragen an den Vorstand und an den Aufsichtsrat stellen.

Unterstützen Sie unsere Forderungen und unsere folgenden Gegenanträge, indem Sie bei den Tagesordnungspunkten 3, 4, 6, 11 und 13 mit NEIN stimmen! Falls Sie die Hauptversammlung vor der Abstimmung verlassen oder nicht daran teilnehmen: Übertragen Sie uns Ihr Stimmrecht!

Mit freundlichen Grüßen und einem herzlichen Dankeschön

Paul Russmann, Sprecher des Dachverbands Kritischer AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC)

Zum TOP 4: Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet.

Begründung: Die DaimlerChrysler AG ist ein Kriegsgewinnler des Irak-Kriegs. Seit vielen Jahren kritisiert der Dachverband der Kritischen AktionärInnen DaimlerChrysler (KADC) die unzureichende Kontrolle des Vorstands durch den Aufsichtsrat, vor allem im Bereich der Rüstungsproduktion und des -exports. Die fehlgesteuerte Geschäftspolitik hat das Unternehmen mit dem Kauf von rund 33 Prozent der Aktienanteile zum größten Einzelaktionär des Rüstungskonzerns European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) aufsteigen lassen.

Damit ist DaimlerChrysler nicht nur Hersteller ziviler Fahrzeuge, sondern auch Produzent von Kampfbombern und -helikoptern, Trägerraketen und Militärsatelliten, Atomwaffen und Landminen (Submunition). Durch den weltweiten Waffenexport setzt die EADS die unrühmliche Tradition der DaimlerChrysler Aerospace (Dasa) fort.

Zudem zählt Mercedes-Benz seit Jahren zu den führenden Anbietern militärischer Fahrzeuge, die auch an Scheindemokraten und Diktatoren geliefert worden sind bzw. werden. In Werbeanzeigen rühmt sich Mercedes der reichhaltigen Erfahrung und des Einsatzes der Militärfahrzeuge selbst unter extremen Bedingungen und verspricht: „Nichts kann Erfahrung ersetzen.“ („Nothing can match experience.“)

Dabei verschweigt die Firmenwerbung, dass nahezu jedes Regime in der Golfregion über Mercedes-Militärfahrzeuge verfügt und diese zu Menschenrechtsverletzungen einsetzt. Wenige Wochen vor Ausbruch des Krieges überreichte der Irak einen Rüstungsexport-

bericht an die Vereinten Nationen, in dem das Regime Saddam Hussein eingesteht, auch über Mercedes-Militärfahrzeuge zu verfügen.

Bereits Jahre zuvor hatte der Dasa-Vorgänger MBB Waffen an den Irak geliefert. Bei den Kampfeinsätzen des Irak-Kriegs wird eine Vielzahl der Mercedes-Militärfahrzeuge und der Daimler-Waffen verschlissen oder zerstört, so dass Neubestellungen zu erwarten sind.

Im letzten Jahr hat der Aufsichtsrat erneut versäumt, die notwendigen Maßnahmen zur Konversion (Umstellung auf Zivilfertigung) einzuleiten. Deshalb mahnt der Dachverband Kritischer AktionärInnen DaimlerChrysler endlich den vollständigen Ausstieg aus der Rüstungsproduktion sowie einen völligen Stopp von Waffenexporten und der Lieferung militärischer Fahrzeuge in Krisen- und Kriegsgebiete an. So lange dies nicht geschieht, wird die DaimlerChrysler AG ein Kriegsgewinnler bleiben.

Gegenanträge des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre:

zum TOP 3: Der Vorstand wird nicht entlastet.

zum TOP 4: Der Aufsichtsrat wird nicht entlastet.

zum TOP 6: Der Erwerb eigener Aktien zur Übertragung an Führungskräfte (6f) wird abgelehnt.

zum TOP 11: Der vorgeschlagenen Neudefinition des Unternehmensgegenstandes wird nur zugestimmt, wenn den ersten fünf Spiegelstrichen jeweils die Worte „zur nicht-militärischen Nutzung“ angefügt werden.

zum TOP 13: Die Vergütung des Aufsichtsrats wird nicht erhöht.

Gemeinsame Begründung aller fünf Gegenanträge:

Vorstand und Aufsichtsrat haben es versäumt, DaimlerChrysler auf einen umweltverträglichen und friedenserhaltenden Kurs zu steuern. Sie setzen weiterhin auf klimaschädliche Luxusfahrzeuge und auf Kriegswaffen.

Insbesondere Frau Postel und Herr Russmann haben Versäumnisse der Konzernleitung in den Begründungen ihrer bereits veröffentlichten Gegenanträge überzeugend dargelegt. Weitere Fehler des Managements werden auf www.kritischeaktionäre.de in der Rubrik „Konzernkritik“ ausführlich beschrieben.

Deshalb können Vorstand und Aufsichtsrat weder entlastet werden (TOP 3 und 4), noch dürfen ihnen zusätzliche Vergütungen (TOP 6f und 13) gewährt werden.

Angesichts der auf viele Jahre angelegten Kriege einzelner NATO-Staaten gegen die arabische Welt müssen die Geschäfte von DaimlerChrysler jetzt in der Satzung (TOP 11) eindeutig auf zivile Anwendungen festgelegt werden. Jede Produktion von Kriegswaffen oder Waren zur militärischen Nutzung muss ausgeschlossen werden.

www.kritischeaktionäre.de

19. bis 21. April, bundesweit: Ostermärsche

26.-27. April, Berlin: *Auf dem Weg zum Europäischen Sozialforum in Paris.* Vorbereitungstreffen für das Europäische Sozialforum im November 2003 in Paris. Von der französischen Vorbereitungsgruppe wurden vier Achsen vorgeschlagen, um die sich die Veranstaltungen in Paris inhaltlich gruppieren sollen: 1) „Für ein Europa des Friedens und der Solidarität“; 2) „Für ein soziales und demokratisches Europa“; 3) „Für ein Europa nachhaltiger und solidarischer Entwicklung“; 4) „Für ein demokratisches Europa der Information, der Kultur und der Bildung, für eine Ethik der Wissenschaft“, Infos und Kontakt: www.dsfgsf.org braun.d@t-online.de

26./27. April, Fulda: *Jahresversammlung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Samstag Beginn 11.30 Uhr. Ende: Sonntag, 27. April 12.00 Uhr
Samstag: 1. Bedeutung der PDS-Programmdebatte in der aktuellen Politik 2. Krieg gegen den Irak, Kriegsziele, Auswirkungen auf die Entwicklung der internationalen Beziehungen 3. Deutsch-französische Achse und die EU-Verfassungsdebatte 4. Satzungsdebatte, Kassenbericht, Entlastung des Arbeitsausschusses, Wahlen und Beschluss über den Haushalt 2003
Sonntag: 5. Imperialistische Metropole versus solidarische Stadt / Entwicklungskonzepte in Ballungszentren
Anmeldung: Über die Landesarbeitsgemeinschaften oder GNN Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221-21 16 58. Wir bitten um rasche Anmeldung.

1.-4. Mai, Berlin: *Kultur des Friedens.* 2. Kongress der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW), für eine gemeinsame Analyse der kritischen friedenspolitischen Situation und zur Anregung konstruktiver Initiativen, u.a. mit Norman Birnbaum, Andreas Buro, Christoph Bautz, Hans-Peter Dürr, Mohssen Masarat, Norman Paech, Horst-Eberhard Richter, Harald Schu-

mann. Infos/Anmeldung: Kongressbüro IPPNW-Geschäftsstelle, Frank Uhe, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/698 0740, Fax: 030/693 8166 www.kultur-des-friedens.de uhe@ippnw.de
 Technische Universität (Hauptgebäude)/Akademie der Künste,

10. Mai, Rostock: *Regionale Basiskonferenz* der PDS-Landesverbände Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig Holstein

10. Mai, Frankfurt: *Netzwerk Gewerkschaftslinken:* Einladung zum Treffen zur Programm- und Zukunftsdebatte der Gewerkschaften. Vorschlag zur Tagesordnung: 1. Bericht über die Zukunftsdebatte des Kasseler Treffens von Gewerkschaftslinken am 14. und 15. März 2003. 2. Die bei unserem ersten Treffen festgelegten Themenbereiche und bisher dazu verfassten Diskussionspapiere, siehe: Thesen im LabourNet. 3. Die besonderen Aufgaben der Gewerkschaftslinken innerhalb der aktuellen Bewegungen.
 Ort: Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69, Sitzungszimmer 3 Zeit: 11.00 Uhr (bis ca. 16.00 Uhr)

Spendenauf

für das Frauenzentrum KHANZAD in Sulaimania, Kurdistan-Nordirak
Medizinische und soziale Betreuung von Frauen im Falle militärischer Eskalation und Flucht

Der Krieg gegen den Irak hat begonnen. Im kurdisch verwalteten Nordirak haben sich die Bevölkerung, die regionale kurdische Regierung und lokale Hilfsorganisationen seit Monaten auf diese Situation vorbereitet. Befürchtet wird vor allem ein Chemiewaffenangriff des irakischen Regimes auf den kurdischen Norden. Die kurdischen Städte nahe der Demarkationslinie mit dem irakischen Regime sind seit Tagen verlassen. Auch zahlreiche Menschen aus den großen kurdischen Städten Sulaimania und Arbil haben in ländlichen Regionen Zuflucht gesucht. Im Falle von anhaltenden Kampfhandlungen und des drohenden Einmarsches türkischer Truppen werden Flüchtlingsströme an die iranische Grenze erwartet.

Das von kurdischen Frauen organisierte und von HAUKARI e.V. unterstützte Frauenzentrum KHANZAD in Sulaimania hat Vorkehrungen für die Krisensituation getroffen. Das Zentrum ist seit 1996 weit über die Grenzen der Stadt hinaus als Anlaufstelle

für Frauen bekannt. Hier werden Alphabetisierungs- und Fortbildungskurse, Rechts-, Gesundheits- und Sozialberatung und Seminare zu politischen und sozialen Themen angeboten. Mitarbeiterinnen von KHANZAD führen Alphabetisierungskurse in den Randbezirken Sulaimanias durch und betreuen gefangene Frauen im Untersuchungsgefängnis.

KHANZAD wird zurzeit ganztägig offen gehalten. Das Mitarbeiterinnen-Team informiert über die aktuelle Entwicklung und berät Frauen in Angstsituationen. Alleinstehende Frauen mit Kindern werden vorübergehend im Zentrum untergebracht und an sichere und betreute Zufluchtsorte auf dem Land vermittelt.

Dabei richtet KHANZAD das Augenmerk auf besonders gefährdete Frauen: Alleinstehende und Witwen, Frauen mit Kleinkindern, Schwangere, alte und kranke Frauen. Aus früheren Fluchterfahrungen gibt es zahlreiche Beispiele von Frauen und Kindern, die das Tempo der Flucht nicht mithalten konnten und zurück gelassen wurden.

In Zusammenarbeit mit der lokalen Gesundheitsorganisation KHF (Kurdistan Health Foundation) führen mobile Teams von KHANZAD, bestehend aus Sozialarbeiterinnen und Ärztinnen, frauenspezifische Seminare und Schu-

lungen durch, die besonders gefährdete Frauen auf eine Angriffs- oder Fluchtsituation vorbereiten, den Bedarf an konkreter Begleitung und Unterstützung einzelner Frauen ermitteln und die Dorfgemeinschaften für den besonderen Schutz von Frauen sensibilisieren.

Die Teams sind mit Fahrzeugen und Kommunikationsmitteln ausgestattet, mit medizinischen Geräten, Medikamenten, Babynahrung, Hygieneartikeln und sauberem Trinkwasser. Sie können so im Falle einer größeren Fluchtbewegung eine mobile frauenspezifische Betreuung gewährleisten.

HAUKARI e.V. bittet dringend um Spenden für die Arbeit der mobilen Teams von KHANZAD.

Das aktuelle Hilfsprojekt für Frauen baut auf langjährige lokale Strukturen auf. Die Teams sind bereits tätig. Spendengelder können direkt weitergeleitet werden und kommen somit zeitnah den Betroffenen zugute.

Bankverbindung: HAUKARI e.V.
 Stichwort „KHANZAD“ • Postbank Frankfurt/Main, Konto-Nr. 65 40 92 • 600, BLZ 500 100 60
 HAUKARI e.V. 1 Falkstr. 34 • 60487 Frankfurt/M. • Tel 069 70 76 02 78
 • Fax 069 70 76 02 79 • www.haukari.de